:antifaschistische nachrichten

Nr. 3

g 3336 30.1.2003 19. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Erfolg einer Bremer Initiative: Elser-Briefmarke durchgesetzt

Bremen. Mit der Briefmarke zu Ehren des Hitler-Attentäters Georg Elser hat die Georg-Elser-Initiative Bremen (GEIB) einen großen Erfolg errungen: Das Postwertzeichen ist seit dem 16. Januar dieses Jahres erhältlich. Die GEIB hatte zusammen mit der Landeszentrale für politische Bildung eine bundesweite Postkartenaktion mit einer entsprechenden Forderung an die Adresse von Bundesfinanzminister Hans Eichel organisiert – und dieser willigte schließlich ein.

Der Schreinergeselle Georg Elser aus einem Dorf auf der Schwäbischen Alb hatte am 8. November 1939 – völlig allein auf sich gestellt – einen Sprengsatz im Münchener Bürgerbräukeller gezündet. Um 13 Minuten verfehlte der Anschlag sein Ziel: Adolf Hitler. Noch am gleichen Abend wurde Georg Elser verhaftet und nach fünfjähriger Einzelhaft am 9. April 1945 im Konzentrationslager Dachau ermordet.

Doch GEIB-Sprecher Bernd M. Krause und seine Mitstreiter können sich nicht nur über das neue Postwertzeichen freuen. Im Zuge der Georg-Elser-Woche in Bremen, der umfangreichsten Veranstaltung aus Anlass des 100. Geburtstages des Widerstandskämpfers am 4. Januar, wurde auch ein nach Georg Elser benannter Weg eingeweiht. Die Georg-Elser-Woche unter der Schirmherrschaft des ehemaligen bremischen Regierungschefs Hans Koschnick hatte die GEIB auf die Beine gestellt. Sie bestand unter anderem aus Film- und Theatervorführungen, musikalischen Beiträgen, einer Ausstellung und einer Rede der ehemaligen Präsidentin des Bundesverfassungsgerichtes, Jutta Limbach. Mitveranstalter waren die Bremer Landeszentrale für politische Bildung, die Volkshochschule Ost und das Bürgerzentrum Neue Vahr in Bremen. *Thomas Klaus* ■

Aus dem Inhalt:

Geschichte, die nie vergeht 5
Kein Land - Nirgendwo. Zur Lage der Roma in Jugoslawien . 16
„Vertriebenen"politik ohne „Vertriebene" 19

10 000 bei Demonstration in Köln am 25.1.

Am 18. Januar fand in Köln eine Tagung des Herausgabekreises der Antifaschistischen Nachrichten zum Thema „Die Rechte in Europa" statt. Die Vorträge der beiden Referenten Bernhard Schmid und Dr. Gerhard Feldbauer werden in dieser und der nächsten Ausgabe dokumentiert. Wir beginnen mit dem Beitrag von Dozent Dr. sc. Gerhard Feldbauer, Historiker und Publizist, zur Entwicklung in Italien seit dem Amtsantritt der Berlusconi-Regierung im Juni 2001.

Ein neuer Marsch auf Rom?

Meinem jüngsten Buch „Marsch auf Rom. Faschismus und Antifaschismus in Italien" habe ich folgende Worte Sebastian Haffners vorangestellt:

> ***„Historische Vergleiche beginnen immer zu hinken, wenn man sie zu sehr ins einzelne verfolgt. Trotzdem, gewisse Parallelen sind nicht zu übersehen."***
>
> ***aus: Im Schatten der Geschichte. Historisch-politische Variationen***

Die Vorgänge in Italien beweisen augenscheinlich, wie aktuell die Worte sind.

Im Oktober 2002 waren es 80 Jahre, dass Mussolinis Marsch auf Rom, die faschistische Machtergreifung stattfand. 17 Monate vor dem berüchtigten Jahrestag gewann bei den Parlamentswahlen im Mai 2001 eine von Silvio Berlusconi angeführte Koalition die Parlamentswahlen. Mit einem Betriebsvermögen von 30 Milliarden Euro ist er der reichste Kapitalist des Landes. Mit 13 Milliarden persönlichem Vermögen steht er an 14. Stelle der Weltrangliste der reichsten Männer. Die „Haus der Freiheiten" getaufte Allianz besteht aus seiner eigenen autoritär-autokratischen Partei Forza Italia, der faschistischen Alleanza Nazionale Gianfranco Finis und der rassistischen Lega Nord Umberto Bossis sowie einigen christdemokratischen Parteigrüppchen. Die Koalition löste die bis dahin regierende Linke Mitte in Senat und Abgeordnetenkammer ab.

Nicht zuletzt aufgrund der Sympathiebekundungen, die der erneute Regierungsantritt Berlusconis bei Rechtskräften in der Bundesrepublik auslöste, ist es geboten, die Ereignisse in Italien aufmerksam zu verfolgen.

Die CDU/CSU drückte die Hoffnung aus, mit Berlusconi möge in der EU die Ablösung der sozialdemokratisch geführten Regierungen beginnen. Stoiber übermittelte als CSU-Vorsitzender und bayrischer Ministerpräsident Berlusconi unmittelbar nach dessen Amtsantritt eine Einladung zum Staatsbesuch nach München. Eine weitere zum Besuch des CSU-Parteitages in Nürnberg im Oktober 2001 folgte demonstrativ nach den faschistischen Ausschreitungen in Genua. Sie wurde nach entschiedenen antifaschistischen Protesten vorerst zurückgestellt.

Fortsetzung Seite 9

„BSV" will Straßen umbenennen

Berlin. Der „Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V." (BSV) in Berlin-Brandenburg will aus Anlass des 50. Jahrestages „des Volksaufstandes gegen die kommunistische Gewaltherrschaft im Osten Deutschlands", so das BSV-Blättchen „Der Stacheldraht" (9/02), „Straßen nach Vorbildern des 17. Juni 1953 benennen". Herhalten sollen dafür Straßen, die noch die „alten DDR-Straßenbezeichnungen" tragen. Der BSV hat nun seine Anhänger dazu aufgefordert, solche Straßen bei der Landesgeschäftsstelle des BSV zu melden.

In die gleiche Kerbe zielte eine „Gedenkminute" des Frauenverbandes des „Bundes der Vertriebenen" (BDV) am Berliner Ehrenmal im Treptower Park am 12. Januar. Eine „ehemalige deutsche Zwangsarbeiterin" habe wegen der Stalin-Inschriften am Treptower Ehrenmal, wo ca. 5000 sowjetische Gefallene der Winteroffensive des Jahres 1945 beigesetzt wurden, Anzeige gegen Bundeskanzler Schröder nach § 86 StGB (Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen) erstattet. Die Bundesregierung sei verantwortlich für die Ehrendenkmäler auf deutschem Boden und dürfe kein „stalinistisches Propaganda-Denkmal" mit „indoktrinierenden Zitaten" Stalins dulden, der „der größte Massenmörder aller Zeiten" gewesen sei, heißt es in dem BDV-Flugblatt, das von Sybille Dreher unterzeichnet wurde. *hma* ■

Winterakademie in Thüringen

Eichsfeld. Das im Umfeld der „Jungen Freiheit" agierende „Institut für Staatspolitik" führt vom 27.2. bis 2.3. im thüringischen Eichsfeld seine „3.Winterakademie" durch. Als Referenten zum Thema „Krieg" werden neben dem neurechten Publizisten Karlheinz Weißmann, der Oberst Ulrich Hammel, ehemals Stabschef der 1. Gebirgsdivision und zeitweise beim „Bund Freier Bürger" (BFB) aktiv, Dag Krienen, „Etappe"-Autor und früher Mitarbeiter von Prof. Bernard Willms, einem der führenden „Vertreter des neuen Nationalismus" und Oberstleutnant i.G. Dr. Erich Vad, zuletzt Referent für Außen- und Sicherheitspolitik bei der CSU, erwartet. *hma* ■

Kongress im Harz

Blankenburg/Harz. „Die Deutschen Konservativen" um den Berliner CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer und den bereits wegen „Volksverhetzung" verurteilten Joachim Siegerist führen vom 1. bis 7. März in Blankenburg/Harz ihren nächsten Kongress durch. Als Referenten werden u.a. der Vorsitzende der „Deutschen Partei", Dr. Heiner Kappel, ehemals FDP-MdL, der langjährige FPÖ-Aktivist Andreas Mölzer und der Meteorologe und Funktionär der „Landsmannschaft Ostpreußen", Wolfgang Thüne, erwartet.

Für die musikalische Begleitung auf Kongressen der „Deutschen Konservativen" sorgte in der Vergangenheit u.a. der ehemalige „Wiking-Jugend"-Barde Frank Rennicke. *hma* ■

NRW-Waffenbörse geplatzt?

Rheinberg. NRW-Innenminister Fritz Behrens (SPD) will die für den 4. bis 6. April in Rheinberg geplante „Jagd- und Waffenbörse NRW" verhindern. Nach Angaben des Ministeriums habe Behrens mit der zuständigen Kreispolizeibehörde abgesprochen, dass eine Ausnahmegenehmigung für die Veranstaltung auch in diesem Jahr nicht erteilt werde.

Bereits im vergangenen Jahr war die Waffenbörse der Krefelder Veranstaltungsagentur KreMess in Rheinberg nicht erlaubt worden. KreMess-Geschäftsführer Klaus Schwaiger erwartet zu der Waffenbörse, um die nun vermutlich vor Gericht gestritten wird, etwa 20 000 Besucher. Während im vergangenen Jahr auch in Dortmund eine Waffenbörse verhindert wurde, konnte im hessischen Kassel hingegen eine stattfinden. *hma* ■

Rassismus als Kavaliersdelikt ?

Mönchengladbach. Billig davon kamen vier Angeklagte im Alter zwischen 27 und 31 Jahren bei einem Prozess vor dem Mönchengladbacher Amtsgericht. Die Angeklagten, darunter auch ein Zeitsoldat, hatten im März vergangenen Jahres in der Mönchengladbacher Altstadt nationalistische und rassistische Parolen wie „Deutschland den Deutschen", „Nigger in den Busch" u.a.m. gegrölt und einen Ausländer mit Sprüchen wie „Wir machen dich platt", „Die schwarze Rasse ist minderwertig" und „Der weiße Mann regiert" bedroht.

Die Angeklagten schoben alkoholbedingte Gedächtnislücken vor und das Gericht stellte das Verfahren gegen Zahlung von Geldbußen über jeweils 200 Euro ein. Wenn solche Urteile gefällt werden, darf man nicht darüber wundern, dass die Mönchengladbacher Altstadt für Ausländer und Andersaussehende ein heißes Pflaster bleibt.

VVN-BdA MG ■

VVN-BdA fordert unverzügliche Strafverfolgung der Mörder von Kephallonia

Düsseldorf. „Wir erfuhren mit großer Empörung, dass die Staatsanwaltschaft von Dortmund die Ermittlungen gegen die Mörder von Kephallonia nicht weiterführen will, obwohl diese Staatsanwaltschaft über das beigefügte Material verfügt. Wir bitten, der Sache nachzugehen."

Das schrieb die VVN-BdA von NRW jetzt an den Justizminister von NRW, und sie übergab eine Liste mit den Namen von 35 Tatverdächtigen. Die VVN-BdA hatte über die Ludwigsburger Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung der NS-Massenverbrechen der zuständigen Dortmunder Staatsanwaltschaft neue Erkenntnisse über die Täter aus der Wehrmachtsgebirgstruppe vorgelegt, die im September 1943 über 6000 italienische Kriegsgefangene auf der griechischen Insel Kephallonia grausam ermordeten (wir berichteten).

In einer ARD-Sendung vom Mittwochabend, 15. Januar 03, wurde berichtet, wie Wehrmachtseinheiten auf der Insel Kephallonia (bei Patras) die italienische Division „Acqui" auslöschten, die über Nacht zum Feind geworden war. 60 Jahre nach einem der größten Wehrmachts-Massaker des Zweiten Weltkriegs behaupten die deutschen Strafverfolgungsbehörden – so die Aussage des Dortmunder Oberstaatsanwalts Ulrich Maas im ARD-Bericht – unverändert, sie seien nicht in der Lage, die verantwortlichen Massenmörder ausfindig zu machen. Das Gemetzel auf Kephallonia führte im Nachkriegsdeutschland zu keiner gerichtlichen Ahndung. Auch bei ihren neuen Untersuchungen zeige sich die Staatsanwaltschaft Dortmund außerstande, die Mörder zu benennen – ungeachtet der neuen Liste, die die VVN-BdA vorlegte. Zudem leugnete Oberstaatsanwalt Ulrich Maas einen Zusammenhang von langjähriger Nazidominanz in der Sonderstaatsanwaltschaft Dortmund für die Aufklärung von NS-Verbrechen und der anhaltenden Untätigkeit in Sachen Kephallonia. Die langjährige Besetzung der Dortmunder Behörde mit NS-Juristen war von der Landesregierung schon vor einiger Zeit in Zusammenhang mit den Skandalen um die Fälle Priebke und Malloth bekannt gegeben worden.

Ulrich Sander, Landessprecher der VVN-BdA NRW ■

Neonazitreffen für Februar angekündigt – Rechtes Rockkonzert in Szödliget

Ungarn. Am 21. Dezember haben sich ungarische und ausländische Neonazis im Kulturhaus des Budapester Vororts

Szõdliget getroffen. Veranstalter war die ungarische Sektion der faschistischen Organisation „Blood & Honour“. Am Rande des Treffens wurde der Plan bekannt gegeben, im Februar in der ungarischen Hauptstadt ein internationales Treffen der Neonazi-Jugend abzuhalten.

Das Management des Kulturhauses war nach eigenem Bekunden bis zum Tag der Veranstaltung völlig ahnungslos. Es glaubte, dass es das Haus für ein „Rockkonzert mit internationaler Beteiligung“ zur Verfügung gestellt hatte. Erst die ungewohnt starke Polizeipräsenz und das Aussehen der Gäste machte den Hausherren klar, dass sie ihr Kulturhaus an Neonazis vermietet hatten. Die etwa 200 Teilnehmer waren von einem starken Polizeiaufgebot begleitet vom Budapester Westbahnhof per Zug nach Szõdliget angereist. Im Kulturhaus traten nach dem gemeinsamen Singen des Pfeilkreuzlermarsches verschiedene Neonazibands auf. Nach Angaben der Polizei kam es zu keinen Zwischenfällen.

Das Treffen wurde von den Veranstaltern auch dazu genutzt, die Teilnehmer auf ein „internationales Jugendfestival“ im Februar in Budapest aufmerksam zu machen. Es soll sich um das größte seiner Art handeln. Die Homepage von Blood & Honour wird noch deutlicher. Sie lädt am 13. Februar, dem „Tag der Erinnerung an die Waffen-SS“, zu einer Demonstration in die Budaer Burg ein.

Für Aufsehen sorgte der 13. Februar, der Jahrestag der Liquidierung des Budapester Kessels, zuletzt 1999. Damals fand auf der Budaer Burg eine der größten Neonazi-Kundgebungen statt, die das Land bis dahin gesehen hatte. Nach der Veranstaltung kam es im Viking-Klub im 13. Bezirk zu Rangeleien mit der Polizei. Mehrere Rechtsradikale wurden verhaftet, darunter auch einige Deutsche.

In den vergangenen drei Jahren wurde mit administrativen Mitteln und mit Gegenveranstaltungen eine Wiederholung der Kundgebung verhindert. Nach Angaben der Polizei sei bis jetzt noch nicht entschieden worden, wie auf die erneute Herausforderung reagiert werden soll. Nach Aussagen von András Tóth, dem Chef der zivilen Geheimdienste, werde man alle gesetzlichen Mittel nutzen, um ähnliche Ereignisse wie 1999 zu verhindern. Angesprochen auf Szõdliget gab Tóth zu, dass die Veranstalter der Zusammenkunft ihr Vorhaben dermaßen gut getarnt hatten, dass die Behörden bis zur Ankunft der Neonazis im Szõdligeter Kulturhaus nicht gewusst hatten, wo das Treffen stattfindet.

Dieses Statement überrascht, war die Veranstaltung doch ganz offiziell von der „Vér és Becsület Kulturális Egyesület“, dem „Kulturverband Blut und Ehre“, beantragt und genehmigt worden. Selbst wenn die Vereinigung in ihrer Satzung lediglich die „Unterstützung von benachteiligten jungen Künstlern“ als Ziel angibt, gilt dieser Verein als ungarische Sektion der englischen faschistischen Organisation „Blood & Honour“. Deren deutsche Tochter wurde im Jahr 2000 von Bundesinnenminister Otto Schily verboten.

Quelle: „Budapester Zeitung“, 19.1.03, Jan Mainka
http://www.budapester.hu/images/button/dot-wt.gif ■

Am Samstag, 18.1. demonstrierten weit über 1000 Münchner auf einer Kundgebung des Münchner Friedensbündnisses gegen den drohenden Irak-Krieg. Als Redner traten unter anderem Fuad Hamdan vom Palästina Komitee, Martin Löwenberg von der VVN sowie ein Vertreter des Munich-American-Peace-Comitees auf. Als eine Finte erwies sich dagegen die Ankündigung von Neonazis um den Hamburger Christian Worch, an diesem Wochenende in München gegen das Verbot des Essensverkaufs auf einer Nazidemonstration im letzten Jahr zu protestieren. Zwar hatte die Polizei auf den Rotkreuzplatz Sperrgitter aufgebaut, Nazis ließen sich glücklicherweise nicht blicken. ***N.B.*** ■

OVG lässt Neonazis in Uetersen marschieren

UETERSEN. Die Chance war sehr nah: Aufgrund eines Streites innerhalb der Neonaziszene über den „Demotourismus“ hätte das Verbot eines Aufmarsches von Neofaschisten für deren Anführer Worch einen Rückschlag bedeutet. Das Oberverwaltungsgericht in Schleswig wollte es aber anders: Es hob das vorab durch die Kreisordnungsbehörde verhängte Verbot wieder auf. Auf der anderen Seite wird durch das OVG-Urteil aber auch deutlich, dass Begründugen, die sich auf vermeintliche Gegenreaktionen von ausländischen Einwohnern stützen, einfach nicht gehen. Es gilt nach wie vor konkret nachzuweisen, dass vom Aufmarsch der Neonazis eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ausgeht. Dafür hat es in Uetersen Anhaltspunkte genug gegeben. Der Aufmarsch sollte die örtliche Neonaziszene in ihren Angriffen auf Migranten und ihre Einrichtungen bestärken.

Am Sonnabend, 18.1. demonstrierten dann mit einem Sternmarsch und einer anschließenden Kundgebung auf dem Marktplatz rund 1000 Menschen gegen die neofaschistische Provokation.

Carsten Wessels, Kreisvorsitzender des DGB, schloss mit sehr persönlichen Worten über die Verantwortung jedes/jeder Einzelnen zu entscheiden, ob er/sie sich auch weiterhin auf dem Marktplatz aufhalten wolle – denn dies habe er für sich so entschieden – die offizielle Kundgebung.

Ohne Verzögerung trat dann IG Metall-Sekretär Uwe Zabel ans Mikrophon und forderte die Anwesenden zur gemeinsamen Spontankundgebung auf dem Marktplatz auf. Zuvor machte der antifaschistische Widerstandskämpfer Peter Gingold, vom VVN-BdA-Bundesvorstand und Mitglied im internationalen Auschwitz-Komitee, deutlich: „Hätten wir damals so zusammengestanden, wäre Hitler nicht an die Macht gekommen.“

Spätestens nach dem zweimaligen Aufruf der Polizei den Platz zu räumen und deren Nichteinschreiten, entstand der Eindruck, hier wurden schon wesentlich früher, wenn nicht einen Tag vorher, Entscheidungen getroffen, die Route der Faschisten umzuleiten. Dass die Awesenden auf dem Marktplatz in dieser Spannung gehalten wurden, kann durchaus für das politische Anliegen in der Sache richtig sein. Jüngere Antifaschisten kann man aber offensichtlich mit diesem Theater, an dem auch die Veranstalter mitwirkten, nur begrenzt binden.

Während eine Besetzung der Kreuzung Klosterkoppel misslang, wurde den abfahrenden 67 Neofaschisten durch Protest vor Ort ein kleines Andeken gesetzt. *rua* ■

Dortmund. **Weil vor einigen Tagen in Dortmund-Scharnhorst ein 8-jähriges Mädchen vergewaltigt wurde, wollten Neonazis am 25.1. mit der Parole „Todesstrafe für Kinderschänder" auf die Straße gehen. Antifaschisten riefen dazu auf, dieser Heuchelei entgegenzutreten. „Ausgerechnet stadtbekannte Gewalttäter wollen sich als Anwälte der Opfer von Gewalt präsentieren" – hieß es im Aufruf zur Gegendemonstration. „Ausgerechnet Nazis sollen Kinderfreunde sein? Wieviele Kinder starben in Auschwitz, Buchenwald, Dachau und vielen Orten mehr..." Bilder: arbeiterfotografie ■**

„Aufstand gegen den demokratischen Anstand"

Pforzheim. Am 15. Januar sollte in den Räumen des Kulturhauses Osterfeld in Pforzheim die Ausstellung „Neofaschismus in der Bundesrepublik" von VVN-BdA und IG Metall eröffnet werden. Sie war zuvor bereits in zahlreichen Städten zu sehen gewesen. Die Veranstaltung in Pforzheim fand aber nicht statt: Die CDU hatte durch den Staatssekretär in der Landesregierung, Stefan Mappus, interveniert. Der Geschäftsführer des Kulturhauses sagte ab und begründete dies laut Pforzheimer Zeitung: „Wir beugen uns als staatlich anerkannte und geförderte Institution den Forderungen von Herrn Staatssekretär Stefan Mappus, wir sind erpressbar." Der CDU schmeckt offensichtlich nicht, dass in der Ausstellung auf die Grauzone zwischen Konservativen und Rechtsradikalen hingewiesen wird; außerdem empörte sich der Staatssekretär darüber, dass die VVN-BdA Mitveranstalter ist.

Viele kritisierten daraufhin diese Haltung der CDU und boten an, die Ausstellung in kirchlichen oder schulischen Räumen zu zeigen. Der Schulleiter der Pforzheimer Hebel-Schule, Thomas Paeffgen erklärte, er könne sich vorstellen, die Ausstellung im Unterricht zu zeigen. Er wurde nun von der Kultusministerin Schavan abgekanzelt. Die erklärte auf dem Neujahrsempfang der Pforzheimer CDU am 19. Januar, sie habe „kein Verständnis dafür, dass einer Gruppe, die im Verfassungsschutzbericht vorkomme, ein Forum an einer Bildungseinrichtung geboten werde". Und der Staatssekretär Mappus hatte bei der Gelegenheit auch noch einmal angekündigt, „alles, was legal und legitim ist, dafür zu tun, dass diese Ausstellung in dieser Stadt weder in einem Kulturhaus, noch in einer Schule, noch in einer Kirche stattfinden wird". *alk* ■

Kundgebung und Demonstration gegen rechte Zentren

Jena. Das Aktionsbündnis gegen Rechts Jena ruft für Samstag, 1. Februar 2003 - Rathausplatz in Lobeda-Altstadt zu einer Kundgebung und Demonstration auf. Im Aufruf heißt es: „Vor siebzig Jahren, am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt.... Für uns ist dieser Tag Anlass, aufzurufen zu einer Demonstration, um den Opfern zu gedenken und aktuellem Nationalismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus entgegenzutreten. ... „Das wichtigste für jede Revolution ist ein Netzwerk von Kaderstrukturen, verbunden mit einer entsprechenden Logistik (z.B. Immobilien usw.) und Geldern...", so hat es Steffen Hupka, einer der führenden deutschen Neonazis im Sommer 2002 formuliert. In diesem Kontext stehen die zwei Häuser in der Jenaer Innenstadt (Schleidenstraße) und in Lobeda-Altstadt (Jenaische Straße): Das Haus in der Schleidenstraße gehört Wilhelm Tell, einem der führenden Thüringer REP, dort aktiv ist u.a. auch Peter Dehoust, sattsam bekannt seit sei-nem Auftritt bei der rechtsextremen Burschenschaft „Jenensia". **Wir rufen auf zur Teilnahme an der Demonstration am 1. Februar 2003 um 11.00 Uhr, Rathausplatz in Lobeda-Altstadt."**

Aktionsbündnis gegen Rechts Jena ■

Müller unter Neonazis

Österreich. Helmut Müller, „Schriftleiter" des ‚Eckart' und Mitarbeiter bei ‚Zur Zeit', ist in der aktuellen Ausgabe des NPD-Organs Deutsche Stimme (DS) neuerlich mit einem Artikel vertreten. Der Wiener Publizist widmet sich einmal mehr dem Islam(ismus). Müller warnt seine Kameraden, welche „aus berechtigten außenpolitischen Erwägungen im Hinblick auf die Kriegstreiberpolitik der USA den Dialog mit Islamisten suchen" (DS 1/2003, S. 18), vor politischer Naivität. Dem will Müller vorbeugen, indem er zum wiederholten Male die (nicht mehr nur auf den organisierten Rechtsextremismus beschränkte) Rede von der angeblich drohenden Islamisierung Europas anstimmt. Erst das Wissen um die Ziele des politischen Islam und das Beharren auf dem „nationalen Standpunkt auch in bevölkerungspolitischer Hinsicht" ermögliche das „mühsame Geschäft einer Annäherung" (ebenda) von deutsch-österreichischen Rechtsextremen und Islamisten. Die DS-Redaktion fasst in einer Bildunterschrift die diesbezügliche Mehrheitsposition in der deutsch-österreichischen Rechtsextremisten-Szene zusammen, wenn sie den Islam einerseits als „innenpolitische Großgefahr", andererseits aber als „außenpolitische Chance für antiamerikanische Zusammenarbeit" (ebenda) bezeichnet.

Neues von rechts,www.doew.at ■

Geschichte, die nie vergeht...
Ein alter Stader Kaufmann

Der Mietvertrag mit der Stadt Stade lief noch ein paar Jahre, aber die Geschäfte gingen nicht mehr gut und so entschloss sich Gustav W. sein Feinkostgeschäft in unmittelbarer Nähe zum Stader Rathaus im Sommer 2002 aufzugeben. Der 94-jährige Kaufmann stand noch bis zuletzt rüstig hinter dem Verkaufstresen. Eine Geschäftsübergabe an den Sohn oder die Tochter, die beide im Familienbetrieb mit über 100jähriger Tradition beschäftigt waren, hat es nie gegeben. Gustav W. verbreitete im STADER TAGEBLATT noch, sie hätten in Kriegszeiten auch „Bückware“ (heimliche Sonderrationen) abgegeben.

Ein Brief vom Bundeskanzler

Stader Bürger arrangierten bei Geschäftsaufgabe einen persönlichen Brief von Bundeskanzler Gerhard Schröder an den alten Kaufmann. Der Brief wurde vom Stader Bürgermeister Ott (CDU) überbracht. Gerhard Schröder wurde bei einem früheren Besuch in Stade von Gustav. W. vor seinem Geschäft angesprochen. Als Schröder Jahre später erneut ins Stader Rathaus kam (jetzt Ministerpräsident von Niedersachsen) fragte er den Stadtdirektor, ob denn der nette alte Herr von nebenan noch dort sei. Er war, und Gerhard Schröder besuchte ihn.

Ein Stader SS-Scharführer

Gustav W. ist 1933 in die Allgemeine SS eingetreten. Im März 1940 wurde er zur Waffen-SS in Krakau eingezogen und versah dann bis September 1940 „Wachdienst“ in Warschau. Nach einem kurzen Aufenthalt in Stade besuchte er Lehrgänge und trat im Januar 1941 seinen Dienst bei der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) in Hildesheim an. Im Mai 1941 erfolgte eine erneute Schulung und er wurde dem Polizeireferat des Einsatzkommandos 9 (EK 9) zugeteilt. Etwa November 1942 wurde Gustav W. zur Gestapo Hannover abkommandiert. Bei Kriegsende war er in der Gestapostelle Hannover-Ahlem. Im April 1945, wenige Tage vor Kriegsende, beteiligte er sich freiwillig an der Massenerschießung von 154 Zwangsarbeitern auf dem Seelhorster Friedhof in Hannover. Gustav W. wurde 1947 für diese Morde zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt. Am 13. August 1950 wurde er wegen guter Führung begnadigt.

Mordkommando EK 9

Die Einsatzkommandos wurden im Mai 1941, kurz vor Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion, aufgestellt. Politisch zuverlässige Beamte des Sicherheitsdienstes, der Gestapo, der Ordnungs- und Kriminalpolizei wurden in Polizeischulen zusammengezogen, um sie dort für die vorgesehenen Aufgaben ideologisch und militärisch zu schulen. Die Tötung der jüdischen Landeseinwohner war die Hauptaufgabe der Einsatzkommandos, sie sollten aber auch politische Kommissare, Kommunisten und Zigeuner ermorden. Dr. Filbert, der erste Leiter des aus etwa 120 - 150 Personen bestehenden EK 9, unterrichtete Ende Juni 1941 die Angehörigen des EK 9 darüber, dass alle Juden in den jeweils vom Kommando besetzten Gebieten zu erschießen seien. Filbert erklärte später vor Gericht: Jeder Angehörige des Kommandos musste wenigstens einmal an einer Erschießung teilnehmen. Es gab keinen, der sich ausschließen konnte. Gustav W. gehörte dem Polizeireferat des EK 9 an. Das Referat hatte die Aufgabe, die Juden den jeweiligen Erschießungskommandos zu überstellen, die Opfer der Erschießungen zu registrieren und weiterzumelden. Die Gestapobeamten aus dem Polizeireferat, unter ihnen Gustav. W., wurden im August 1941 als Schützen bei einer Massenerschießung von Juden herangezogen. Bis zum 26. Oktober 1941 wurden vom EK 9 insgesamt 11.449 Juden erschossen. In den Prozessen gegen die Kommandierenden des EK 9 mussten in den sechziger Jahren Angehörige des Mordkommandos aussagen. DER TAGESSPIEGEL aus Berlin berichtete am 24. April 1966: Ein anderer Zeuge, danach befragt, auf welche Weise kleine Kinder erschossen worden seien, erwiderte: „Na, wie die Katz.“ Der Richter starrte ihn an und ersuchte nach einigen Sekunden des Schweigens um nähere Erläuterung. In ruhigen Ton sprach der Zeuge weiter: „Na sie wurden mit der einen Hand am Genick gepackt und mit der anderen erschossen.“ Ein hessischer Banksekretär, der beim EK 9 im Polizeireferat war, behauptete, er hätte von Judenerschießungen nie etwas gewusst, nie etwas gehört. „Wir hatten auch ganz andere Sorge bei der Kälte. Für uns war die Frage Nummer eins: Holz, Holz besorge, damit mer net erfriere.“

Abtransport von Juden, Warschau 1943

Ein abgesagter Vortrag

Die Stadt Stade will sich im Mai 2003 an den Israelischen Kulturwochen in Niedersachsen beteiligen. Im Programm vorgesehen war auch ein Vortrag über die ehemalige Israelitische Gartenbauschule Ahlem in Hannover. Das Gelände der im Juni 1942 geschlossenen Gartenbauschule diente als Sammelstelle für die Deportationen von Juden in die Vernichtungslager. In den Kellerräumen der Gartenbauschule befand sich von August 1943 bis April 1945 ein Gestapogefängnis. Der Vortrag wurde aus dem Programm der Kulturwochen genommen, nachdem Stader Lokalpolitikern klar wurde, dass auch die Tätigkeit von Gustav W. in Ahlem zur Sprache kommen würde. „Stadt will keinen Eklat um SS-Mann“ titelte die Lokalzeitung im November 2002 reißerisch den Meinungsbeitrag (!) einer Journalistin. Im Meinungsbeitrag wurde der Vorsitzende der Deutsch-Israelischen Gesellschaft AG Stade dafür verantwortlich gemacht, dass der Vortrag über die israelitische Gartenbauschule aus dem Programm der Kulturwoche genommen wurde. Die Journalistin berief sich auf Insiderinformationen, über die Tätigkeit von Gustav W. gab es nur einen vagen Hinweis im Zeitungsartikel.

Schweigen in Stade

Die Stader Kommunalpolitiker, von denen einige sehr genaue Informationen über den Stader Kaufmann hatten, hüllen sich in Schweigen. Das Arrangieren des Briefes von Bundeskanzler Schröder an den „ehrbaren“ Kaufmann ist vielen peinlich. Das STADER TAGEBLATT brachte nach dem verschleiernden Meinungsbeitrag keine weiteren Artikel über die vielen Aspekte des Skandals. Einen Leserbrief, der Angaben über die Tätigkeit von Gustav W. beim EK 9 enthielt, veröffentlichte die Zeitung nicht ...da er schwere Anschuldigungen gegen einen Stader Kaufmann enthält, die nicht nachvollziehbar sind. Eine Veröffentlichung könnte den Tatbestand einer üblen Nachrede enthalten, den wir presserechtlich nicht verantworten können.

So schützt man heute in Stade einen NS-Täter und stellt den Vorsitzenden der Deutsch-Israelischen Gesellschaft ins Abseits.

Michael Quelle,
VVN-BdA Kreisvereinigung Stade ■

24 Jahre Gefängnis für Italiens Ex-Premier Andreotti

Der Prozess offenbarte seine Rolle als Wegbereiter der profaschistischen Berlusconi-Regierung

Ein im November 2002 in Italien verhängtes Urteil erregte ungewöhnliches Aufsehen. Ein Berufungsgericht in Perugia verurteilte den führenden Staatsmann im Nachkriegsitalien, Giulio Andreotti, zu 24 Jahren Gefängnis. Die Richter sahen es als erwiesen an, dass der siebenmalige Ministerpräsident und Senator auf Lebenszeit zum Mord an dem Journalisten und Herausgeber des Nachrichtenmagazins „Osservatore politico", Mino Pecorelli, angestiftet hatte. Im ersten Verfahren, in dem der Staatsanwalt 1999 lebenslänglich forderte, sprachen wohlgesonnene Richter ihn frei. In einem zweiten Prozess in Palermo, in dem Andreotti der langjährigen Komplizenschaft mit der Mafia schuldigt worden war, hatte der Ankläger 16 Jahre gefordert, die Richter einen Freispruch „zweiter Klasse" (wegen Mangels an Beweisen) gefällt. Hier läuft die Revision noch.

Die Prozesse offenbarten, dass Politiker, die wie Andreotti auf dem äußersten rechten Flügel der Democrazia Cristiana, der führenden großbürgerlichen Regierungspartei, agierten, der heutigen von der Berlusconi-Regierung ausgehenden faschistischen Gefahr den Weg bereiteten. Andreotti hatte die Mafia auf Pecorelli angesetzt, nachdem dieser Enthüllungen über seine Rolle als Verantwortlicher für den Mord an dem christdemokratischen Parteiführer Aldo Moro angekündigt hatte. Darauf hin wurde Pecorelli am 20. März 1979 in Rom von zwei Mafiakillern erschossen. In den Prozessen zeigte sich, dass die Straftaten Andreottis noch umfassender und schwerwiegender sind, er für sie aber nicht verurteilt wird, weil sie unter der Regie der USA als Führungsmacht der NATO erfolgten, die bis heute die schützende Hand über ihre Gefolgsleute hält.

Andreotti war Komplize und Förderer einer von der CIA mit Geheimdienst- und Armeekreisen betriebenen verfassungsfeindlichen Strategie, die mehrfach in Staatsstreichversuchen unter dem Schutzschild der NATO und der Einbeziehung der faschistischen Bewegung zum Sturz der parlamentarischen Ordnung und der Errichtung einer Diktatur rechtsextremen Typs gipfelte.

Das Mitglied der Parlamentskommission zur Untersuchung des Mordes an Moro, Sergio Flamigni von den Linksdemokraten, enthüllte in seinem Buch „Atlantische Dramen" (Mailand 1996), dass Andreotti als der eigentliche Chef der von dem Altfaschisten Licio Gelli mit Hilfe der CIA gegründeten Putschistenloge P2, die 1981 aufgedeckt wurde, galt. Der umgebrachte Pecorelli hatte kurz nach der Entführung Moros im März 1978 in seinem Nachrichtenmagazin publik gemacht, dass Andreotti zu den Drahtziehern des Komplotts gehörte, mit dem Moro, der mit der IKP (Kommunistische Partei Italiens) ein Regierungsabkommen gegen die faschistische Gefahr geschlossen hatte, ausgeschaltet werden sollte. Während von regierungsoffizieller Seite die Roten Brigaden als die Entführer und späteren Mörder Moros dargestellt wurden, enthüllte Pecorelli, dass „die Entführer nichts mit den gemeinhin bekannten Roten Brigaden zu tun" haben, diese als ein manipuliertes Werkzeug in das Komplott einbezogen wurden.

Dem jetzt gefällten Urteil gingen seit den 70er Jahren 24 staatsanwaltschaftliche Ermittlungen und fünf parlamentarische Untersuchungen voraus, in denen Andreotti der Verwicklung in Attentate, Putschvorbereitungen, Kontakte zur Mafia und der heimlichen Führung der P2 verdächtigt wurde. Dank der Rückendeckung aus Washington, das alles der Geheimhaltung unterwarf, konnte man ihm im juristischen Sinne nie etwas nachweisen.

Andreottis Sturz begann Anfang 1990, als mutige Richter, Journalisten und Politologen Gladio aufdeckten. Der General Edgardo Sogno sagte aus, die geheime NATO-Truppe hätte, wenn die IKP durch einen legalen Wahlsieg an die Macht gekommen wäre, „den Bürgerkrieg entfesselt". Wie „La Repubblica" berichtete, ließ Andreotti, zu dieser Zeit bis 1992 das letzte Mal Ministerpräsident, aus einem Dossier über die Verantwortung von Militär- und Geheimdienstkreisen an terroristischen Operationen der Gladio-Truppe zwei Seiten verschwinden, die offensichtlich seine eigene Rolle betrafen, darunter als Verteidigungsminister beim Aufbau von Gladio und als Ministerpräsident im Mordkomplott gegen Moro.

Im März 1993 erhoben die Staatsanwälte Anklage. In Palermo hieß es, Andreotti habe „einen Beitrag zum Schutz der Interessen und zum Erreichen der Ziele der Mafia geleistet". Während des Prozesses wurden 231 Zeugen gehört. Fotos und Filmaufnahmen bewiesen die zahlreichen Treffen des Angeklagten mit Mafia-Bossen. Es wurde bekannt, dass Andreotti die Mafia zur Stimmenbeschaffung für die DC bei Wahlen anhielt, wofür gegen Mafia-Bosse verhängte Urteile vor dem Kassationsgericht (vergleichbar dem Bundesgerichtshof) „in Ordnung" gebracht wurden. Im Prozess in Perugia kam ebenso ans Licht, dass Andreotti den mit der Untersuchung der Mafia-Verbrechen auf Sizilien beauftragten General Alberto Dalla Chiesa, der im September 1982 mit seiner Frau und seinem Fahrer in Palermo auf offener Straße erschossen wurde, „zum Abschuss" freigegeben hatte, nachdem dieser ihm, wie „La Repubblica" schrieb, ins Gesicht sagte, dass „die Andreottianer tief bis zum Hals drinstecken" und er keine Rücksicht auf die DC-Interessen nehmen werde.

Das Berufungsurteil hat bei Silvio Berlusconi wütende Reaktionen hervorgerufen. Das kann nicht überraschen. Ist der derzeitige Regierungschef als Führungsmitglied der P2 doch selbst in die im Verlaufe der Prozesse gegen Andreotti zur Sprache gekommene Umsturzstrategie verwickelt. Die Verurteilung Andreottis in der zweiten Instanz ist aber auch im Zusammenhang mit dem Widerstand verfassungstreuer Juristen gegen Berlusconis Regierungskurs zu sehen. Der Premier ist dabei, mit AN-Faschisten und Lega-Rassisten genau das durchzusetzen, was die P2 als „kalten Staatsstreich" plante. Unter Berlusconi werden das italienische Grundgesetz ausgehebelt, entscheidende demokratische Rechte, darunter die Gewaltenteilung, beseitigt und eine autoritäre Präsidialdiktatur errichtet. Staatsanwälte und Richter, die sich ihrer Unterordnung unter die Exekutive widersetzen, diffamiert der Regierungschef, der selbst wegen diverser Straftaten zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt wurde, gegen die seine Revision läuft, als „rote Richter", die ein „kommunistisches Regime" installieren wollten. Der Mailänder Generalstaatsanwalt Gerard D'Ambrosio appellierte dem entgegenzutreten, sonst werde „die Demokratie im Dunkel der Nacht versinken".

Gegen den jetzigen Richterspruch hat Andreotti Berufung in der letzten Instanz eingelegt. Der Ausgang bleibt abzuwarten. Selbst wenn das zweite Urteil kassiert werden sollte, ist es in der vom Kapital beherrschten korrupten Gesellschaft bereits als ein Erfolg zu sehen, dass der jahrzehntelang mächtigste Politiker Italiens, das erste und zweite Verfahren zusammen gerechnet, bisher neun Jahre auf der Anklagebank saß und die Verbrechen, deren er angeklagt wird, offen dargelegt wurden.

Gerhard Feldbauer ■

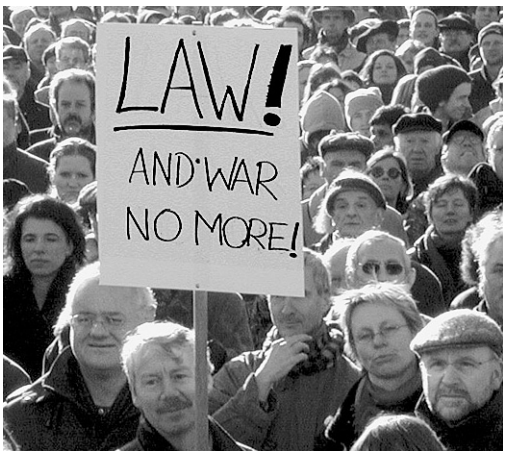
Informationen findet der interessierte Leser in den Büchern des Autors „Agenten, Terror, Staatskomplott. Der Mord an Aldo Moro, Rote Brigaden und CIA". PapyRossa, Köln 2000; sowie dem 2002 ebenfalls bei PapyRossa erschienenen „Marsch auf Rom. Faschismus und Antifaschismus in Italien".

Aktion der BUNDjugend vor der BMW-Niederlassung Stuttgart-Bad Cannstatt am 18. Januar.

Schiffstour und Demonstration gegen den Krieg

KÖLN. Am Sonntag, 19. Januar wurde bei einer Schiffstour auf dem Rhein mit Musik und Kabarett gegen den drohenden Krieg im Irak protestiert. Etwa 50 prominente Kriegsgegner hatten die Tour kurzfristig organisiert, um auch bundesweit ein Signal zu setzen. 600 Menschen fanden Platz auf dem Schiff. Klaus der Geiger, Brings, Niedecken, Kozmic Blue, Ars Vitalis waren dabei und Harry Rowohlt, Johan Galtung, Renan Demirkan, Dieter Wellershoff, um nur einige zu nennen. Günter Grass, Konstantin Wecker und Walter Jens schickten Grußworte.

Für den 25. Januar hatte die „Kölner Initiative gegen einen Krieg im Irak" dann zu einer Demonstration aufgerufen. 10000 Menschen kamen. *u.b.* ■



12. Jahrestag des Golfkrieges

TÜBINGEN. Am 18. Januar 2003 haben auf einer Friedenskundgebung zum 12. Jahrestages des letzten Golfkrieges mehr als 3000 Menschen in Tübingen gegen den drohenden Krieg im Irak demonstriert. Der Vorsitzende der Gesellschaft Kultur des Friedens, Henning Zierock, der kurz zuvor mit einer Friedensdelegation aus dem Irak zurückgekehrt war, betonte, dass ein möglicher Krieg gegen den Irak das menschliche Leid weiter potenzieren wird. „Die Sanktionen gegen den Irak verhindern auch eine demokratische Entwicklung der Gesellschaft, die auf Ausbildung und kulturellen Austausch angewiesen ist", so Zierock, „Deutschland muss als Vorsitzender des Sanktionsausschusses sich endlich für die Aufhebung der Sanktionen einsetzen".

Unter großem Beifall forderte Zierock: „Herr Schröder und Herr Fischer tun Sie alles, damit Europa im Weltsicherheitsrat gegen einen Kriegsautomatismus stimmt und setzen Sie sich für eine friedenpolitische Lösung ein!" Ein offener Brief an Bundeskanzler und Außenminister, der bei der Kundgebung von mehr als tausend Menschen unterschrieben wurde, ist bereits auf dem Weg ins Kanzleramt.

Die Gesellschaft Kultur des Friedens (GKF) fordert den Verbleib der Waffeninspektoren im Irak, weil sie die beste Garantie für die Kontrolle von möglichen Massenvernichtungswaffen seien. Die GKF wird weitere internationale Friedensdelegationen in den Irak unterstützen sowie nach Israel und in die Vereinigten Staaten. Die amerikanische und europäische Friedensbewegung wird die begonnene Zusammenarbeit in Bagdad fortsetzen. Am 15. Februar werden weltweite weitere Großdemonstationen stattfinden.

Gesellschaft Kultur des Friedens ■

BMW finanziert Kriegstreiber

STUTTGART. Um auf die Verstrickung von BMW mit Kriegspolitik und der Rüstungsindustrie hinzuweisen, gab es am 18.1. eine Aktion vor der BMW-Niederlassung in Stuttgart-Bad Canstatt. Im folgenden der Text des bei der Aktion verteilten Flugblatts sowie Bilder:

„Jedes Jahr findet in München die sogenannte Sicherheitskonferenz statt. Hier treffen sich hochrangige Militärs der NATO, Politiker und Wirtschaftsbosse. Sie planen die nächsten Kriege. Das Treffen wird von der BMW-eigenen Herbert-Quandt-Stiftung unterstützt. Der ehemalige BMW-Vorstand und Berater von Helmut Kohl, Horst Teltschik, ist Vorsitzender der Herbert-Quandt-Stiftung und Ausrichter der Konferenz. BMW hat als Automobilkonzern ein Interesse daran, dass der Zugang zu Ölquellen gesichert wird. Die Verteilung der Rohstoffe wird nicht von den dort lebenden Menschen organisiert, sondern von Konzernen und Politikern. Sie schrecken bei der Durchsetzung vor militärischen Mitteln nicht zurück. Durch den Aufkauf von Rolls-Royce ist BMW auch an der Rüstungsproduktion beteiligt. Offiziell geht es bei den Kriegen im Irak und in Afghanistan um die Bekämpfung des Terrorismus. Saddam Hussein wurde lange Zeit von den USA und auch Deutschland unterstützt. Erst als dieser 1990 den US-Bündnisstaat Kuwait überfiel und Israel mit SCUD-Raketen angriff, geriet der einstige Verbündete ins Visier der westlichen Staaten. Der Terrorist Osama Bin Laden war auch einst Verbündeter der USA, als es galt, Afghanistan vor den Angriffen Russlands zu verteidigen. Sowohl in Afghanistan, wie auch im Irak geht es um den Zugang zu Ölresourcen. Diktatoren und Terroristen sind so lange Verbündete, wie sie diesen gewähren. Wir wollen eine Welt ohne Kriege und Militär. Wir protestieren gegen die NATO-Kriegskonferenz, gegen

den bevorstehenden Irak-Krieg und gegen Kriegsprofiteure wie BMW."

BUNDjugend Baden-Württemberg, weitere Infos: www. bundjugend-bw.de, www.no-nato.de ■

NATO-Sicherheitskonferenz – heiße Phase beginnt!

MÜNCHEN. Die Diskussionen werden heftiger, die Stellungnahmen immer absurder: Die NATO-Sicherheitskonferenz vom 7. bis 9. Februar in München sorgt bereits jetzt für Unruhe.

Horst Teltschik, der Organisator der „Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik" – so der offizielle Name der Tagung – spricht von einer „Friedenskonferenz", die Gegner von einem „Treffen der Welt-Kriegselite". Gegen die Tagung, die vom 7. bis 9. Februar zum 39. Mal im „Hotel Bayerischer Hof" in der Münchner Innenstadt stattfinden wird, mobilisiert das „Bündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz", das schon die Proteste im letzten Jahr organisierte, zusammen mit Attac und dem Münchner Friedensbündnis. In den letzten Wochen sprangen außerdem der Münchner Kinderschutzbund, die evangelische Kirche und Teile der Gewerkschaften auf den Zug auf. Den absoluten Clou landete aber der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude, als er beim Dreikönigstreffen der SPD am 6. Januar erklärte, er wolle sich ebenfalls an Demonstrationen beteiligen. Seitdem ist in München eine heftige Diskussion entbrannt zwischen der CSU, der Münchner Polizei, den Veranstaltern der NATO-Sicherheitskonferenz um den früheren Kanzlerberater Horst Teltschik, der SPD und den Grünen, die ihre Rhetorik vom „Nein zum Irak-Krieg" bei gleichzeitigem offiziellen Sektempfang für die Teilnehmer der NATO-Sicherheitskonferenz durch OB Christian Ude immer hilfloser verteidigen.

Die wundersamen Wandlungen des Christian U.

Der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude hat ein großes Problem: Im letzten Jahr stellte er sich demonstrativ hinter das Kreisverwaltungsreferat und unterstützte das Verbot der Proteste gegen die NATO-Sicherheitskonferenz. In der Endphase des Kommunalwahlkampfes versuchte er, mit einer harten Linie Stimmen am rechten Rand zu fischen. Bis heute aber haben die Behörden keinen Nachweis erbracht für die „bis zu 3.000 Chaoten und Gewaltbereite", die München angeblich „entglasen" wollten. Im Gegenteil: Die Hinweise verdichten sich, dass diese Meldung frei erfunden war. Sie ähnelt zudem verdächtig den Warnungen, die das bayerische Innenministerium 1992 anlässlich des damals in München stattfindenden Weltwirtschaftsgipfels lancierte. Auch damals war von „3000 Chaoten" die Rede, die Warnhinweise von damals stimmen zum Teil wortwörtlich mit denen vom Februar 2002 Jahr überein. Wohl um die Fehler vom letzten Jahr wieder gut zu machen, ließ sich OB Ude dann am 6. Januar zu der verhängnisvollen Ankündigung hinreißen, selbst an Demonstrationen teilnehmen zu wollen.

Freitag, 7.2.03: Kundgebung gegen den städtischen Empfang für die Nato-Kriegsstrategen. 17 Uhr, Marienplatz

Samstag, 8.2.03: Internationale Großdemonstration, 12 Uhr, Marienplatz

Inzwischen sind diverse andere Gruppen und Organisationen dem Münchner Oberbürgermeister blindlings in die Zwickmühle gefolgt. So ruft beispielsweise Heidrun Kaspar, die Vorsitzende des Kinderschutzbundes in München, Eltern und Großeltern dazu auf, sich dem Protestmarsch anzuschließen, da „Kinder die am meisten betroffenen Opfer des Krieges werden". Auch die Kirchen erklärten öffentlich, Schlafplätze für anreisende Demonstranten bereit zu stellen.

Was sich in München derzeit abspielt, ist vergleichbar mit den naiven Beteuerungen von Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer, Deutschland werde sich nicht an einem Krieg gegen den Irak beteiligen, während gleichzeitig sämtliche Tageszeitungen seit Wochen in Artikel um Artikel darauf hinweisen, dass Deutschland schon mitten drin steckt: US-amerikanische Einrichtungen werden von Bundeswehrsoldaten geschützt, deutsche Soldaten fliegen in den Awacs-Aufklärungsflugzeugen mit und geben Zieldaten durch, und die Anti-ABC-Einheiten in Kuwait werden auch noch zum Einsatz kommen.

Was Schröder in Berlin vormacht, versucht Ude in München zu kopieren. So erklärte er vor Wochen, ob es einen städtischen Empfang für die Teilnehmer der NATO-Sicherheitskonferenz gebe, hänge davon ab, „ob Annan oder Rumsfeld dort das Sagen hat." Inzwischen hat Annan abgesagt und die angekündigten Vertreter der US-Regierung werden ihren Auftritt in München sehr wahrscheinlich dazu nutzen, die US-amerikanische Irak-Politik zu begründen und dann letztendlich durchzusetzen. Doch nach wie vor bekräftigt Ude, dass er einen städtischen Empfang für die Konferenzteilnehmer ausrichten wolle. Um sich gleichzeitig aber als Friedenstaube darstellen zu können, wird er – so der Stand am 21.1. – eine eigene Demonstration zusammen mit Gewerkschaftsbund und (wiederum) den Kirchen anmelden. Diese Demonstration soll sich dann ausschließlich gegen den Krieg im Irak richten.

Ebenso zweigleisig fahren die Grünen: Während Fraktionschef Benker gegen die NATO-Sicherheitskonferenz demonstrieren will, verteidigt der 2. Bürgermeister Monatzeder die Konferenz: Man müsse „jede Gelegenheit nutzen, um die Amis vom Krieg abzuhalten".

Unabhängig vom Verlauf der Demonstrationen in München könnte bereits im Vorfeld ein großer Erfolg der Proteste gegen die NATO-Sicherheitskonferenz sein, diese Diskussion in die Öffentlichkeit getragen zu haben. Die Rhetorik vom „Krieg für Menschenrechte" sowie von der „Friedensmacht Europa" verliert immer mehr an Glaubwürdigkeit.

von Pressegruppe - Anti-NATO-Buendnis Muenchen - 22.1.2003
aus Platzgründen gekürzt ■

Geilenkirchen. Am 25.1. fand vor dem Stationierungsort der Awacs in Geilenkirchen einen Sitzblockade statt, an der sich über 400 Menschen beteiligten. Trotz angeblicher Nicht-Beteiligung sollen die Aufklärungsflugzeuge Awacs im Krieg gegen den Irak eingesetzt werden, was nicht ohne die daran ausgebildeten deutschen Soldaten geht.

Fortsetzung von Seite 1:

Ein neuer Marsch auf Rom?

Erinnert sei an die FAZ, die bereits 1994 nach der ersten Aufnahme der AN-Faschisten in die Berlusconi-Regierung auf die Vorbildrolle Italiens für das Entstehen der faschistischen Bewegung unter Hitler nach 1922 anspielte, in der AN eine Avantgarde sah und schrieb, das werde „Auswirkungen im ganzen ‚westlichen' Europa" haben.1 Der damalige Bundeskanzler Kohl lag, als er zwei Monate später Berlusconi zum Staatsbesuch empfing , ganz auf dieser Linie. Er wertete die rechtsextreme Wende in Rom als einen „historischen Augenblick" und sprach sich für eine „enge Zusammenarbeit" mit der profaschistischen Regierung aus. Johannes Groß, Chefredakteur von „Capital", sekundierte, angesichts „wachsender Funktionsschwäche der traditionellen Demokratien bleibt der Faschismus eine der Möglichkeiten der Politik". 2

In der Tat beeinflusste das frühzeitige Entstehen der faschistischen Bewegung und ihr Machtantritt in Rom in den 20er Jahren bis Anfang der 30er die Etablierung faschistischer Regimes in Ungarn, Bulgarien und Portugal und schließlich besonders in Deutschland.

Auch wenn sich das in den Spalten ihrer Zeitungen nicht immer deutlich ausdrückt, die führenden Kapitalkreise der Bundesrepublik studieren auch heute sehr aufmerksam die Entwicklung in Italien.

Hat ein neuer Marsch auf Rom stattgefunden?

Die in Italien bereits 1994 aufgeworfene Frage hat nicht nur einen historischen, sondern auch aktuellen politischen Inhalt. Nach Österreich haben auch in Frankreich und den Niederlanden bei Wahlen faschistische Kräfte einen gefährlichen Auftrieb erhalten. In der Bundesrepublik wird mit der Aufnahme der Schillpartei durch CDU und FDP in den Hamburger Senat auf Landesebene erstmals mit einem rechtsextremen Partner regiert. Ein Kanzler Stoiber ist – vorerst – nicht ans Regierungsruder gekommen. Die Gefahr ist jedoch nicht gebannt. Zu Stoibers Charakteristik ist zu sagen, dass er ein Rechtsaußenspieler ist, der den Polizeisenator Schill und den österreichischen Landeshauptmann Haider politisch noch in den Schatten stellt. Er ist ein Politiker, dessen wahre Farbe jenseits von schwarz einzuordnen ist.

Es wäre ein Fehler, die Berlusconi-Regierung mit einem unter Hitler oder Mussolini an die Macht gebrachten faschistischen Regime gleich zu setzen. Auch abstrakte Personenvergleiche anzustellen und, wie der international bekannte italienische Marxist Domenico Losurdo schrieb, „den Horizont nach Anzeichen für den neuen Hitler abzusuchen", ist nicht angebracht.[3] Berlusconi erfüllt entsprechende äußerliche Kriterien nicht und selbst Fini, treffend als Faschist im Nadelstreifen charakterisiert, entspricht diesem Bild kaum.

Trotzdem: die zweite Regierung Berlusconi zeigt in ihrer personellen und parteistrukturellen Zusammensetzung, ihrer Programmatik und politischen Praxis alte und neue Charakterzüge von Faschismus, faschistoide und autoritäre Herrschaftsmethoden, die Rassismus einschließen. Ob es sich um soziale Demagogie oder Terror, Expansionsziele oder beispielsweise den erreichten Massenkonsens handelt, die historischen Parallelen sind nicht zu übersehen.

Benito Mussolini

Neu ist, dass Berlusconi eine Personalunion von Kapital und politischer Exekutive verkörpert. 12 seiner 26 Minister gehören der Unternehmerklasse an. Weitere Kabinettsmitglieder sowie der Großteil der Parlamentarier seiner Forzapartei sind Manager in seinen Unternehmen oder haben solche und ähnliche Posten in anderen Konzernen inne. Hinzu kommt, dass bei Berlusconi die Bewunderung für Hitler und der eigene autoritäre und faschistoide Züge beinhaltende Führungsstil mit hemmungsloser Machtbesessenheit und Geltungssucht zusammentreffen. Mit diesem Mann an der Spitze üben die führenden Kapitalkreise in Italien derzeit ihre Diktatur nicht mehr verschleiert über politische Interessenvertreter, sondern direkt aus. Die parlamentarische Hülle wird zur Makulatur.

Das ruft Unbehagen selbst bei bürgerlichen Parlamentariern alten Schlages hervor. Die „Financial Times" schrieb, „70 Prozent der Entscheidungen, die der Premier zu fällen hat, berühren seine eigenen Unternehmerinteressen". Der bereits 40 Prozent der Medien, darunter drei private Fernsehsender, beherrschende Berlusconi kontrolliere nun auch die staatliche Rundfunk- und Fernsehgesellschaft RAI und damit über 90 Prozent des nationalen Fernsehmarktes. Das Wirtschaftsblatt hielt das für „einen unhaltbaren Zustand".

Namhafte Politologen sprechen von einer Mediendiktatur in den Händen eines mit faschistoiden Methoden agierenden Premiers.

Über diese Mediendiktatur übt Berlusconi bereits ohne ein mit Hitler oder Mussolini vergleichbares Regime einen Masseneinfluss aus, der den aller bisherigen herkömmlichen Exekutiven übertrifft. Der liberale Rechtsprofessor Mario Losano hat bereits 1994 im Kontext der verfolgten politischen Ziele und der ersten Regierungspraxis die faschistoiden Züge der Mediendiktatur Berlusconis analysiert und sie als „Medien-Agora", als „Erbin der ‚ozeanischen Versammlungen' der Mussolinizeit" charakterisiert.[4]

Gerade diese Medienmacht wird als ein Faktor des Prozesses der schleichenden Faschisierung, des An-die-Macht-Kommens und der Machtausübung Berlusconis bisher kaum beachtet. Sie ist aber eine wesentliche Grundlage dafür, dass die profaschistische Koalition auf dem Wege eines Wahlsieges an die Macht kam, was ihr die sogenannte „demokratische Legitimität" verschafft. Mittels dieser Mediendiktatur gelang es Berlusconi vor den Wahlen 1994 auch, ein reaktionäres, zu 75 Prozent gültiges Mehrheitswahlrecht durchzupeitschen. Angemerkt sei die historische Parallele, dass auch Mussolini sich seinen Sieg in den Wahlen von 1924 durch ein betrügerisches Mehrheitswahlrecht sicherte. Es zeigt sich eine frappierende Ähnlichkeit.

Mit Berlusconi ist ein Mann Regierungschef geworden, der nicht nur vorbestraft ist, sondern gegen den von 13 bis dahin durchgeführten oder eröffneten Strafverfahren fünf noch im Gange sind.

Seine erste Amtshandlung bestand in der Einleitung juristischer Schritte, um zu erreichen, dass die gegen ihn noch laufenden Verfahren bzw. Urteile der ersten Instanz wegen Steuerhinterziehung, Bilanzfälschungen, Bestechung, Führung von Tarnfirmen und illegalem Kapitaltransfers eingestellt oder kassiert werden. Bilanzfälschungen, deren Berlusconi in großem Stil angeklagt ist, werden z. B.

nicht mehr strafrechtlich verfolgt oder fallen unter Verjährung. Allenfalls wird ein Bußgeld verhängt.

Die Strafverhinderungsgesetze nutzen auch seiner Klientel. Der Großteil von rund 5.000 Strafverfahren, einst im Ergebnis der Ermittlungen der Mailänder Staatsanwälte mani pulite eingeleitet, ist eingestellt worden. In Hunderten von Fällen handelt es sich um Mafiaverbrechen, illegalen Waffenhandel, Drogengeschäfte und Bandenkriminalität. Es ist inzwischen ein offenes Geheimnis, dass die Forzapartei wie früher die Democrazia Cristiana mit der Mafia verquickt ist.

Mit Tony Blair gehört Berlusconi zu den europäischen Regierungschefs, die Bush der vorbehaltlosen Unterstützung seines auf die Weltherrschaft gerichteten Kriegskurses versichern. Berlusconi folgte der Forderung des USA-Präsidenten und sagte zu, 2.700 italienische Soldaten für den „Krieg gegen den Terror“ zu entsenden.

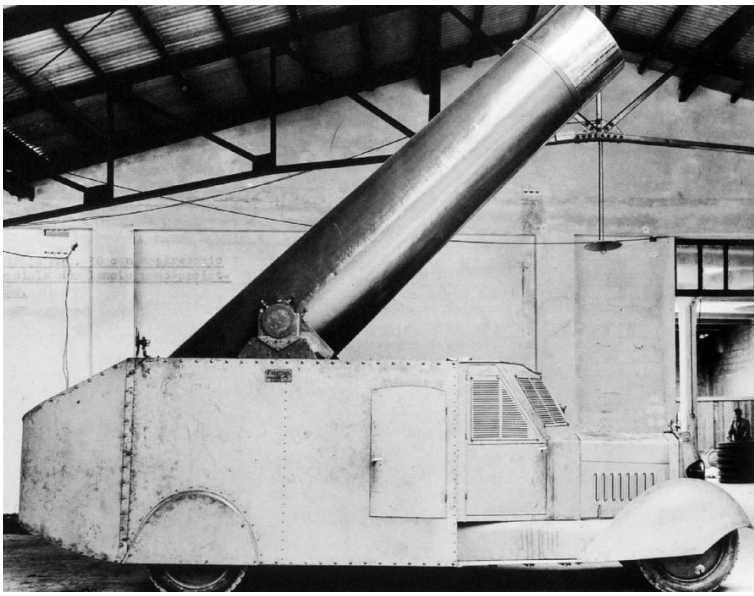
Ein Blick in die Nachkriegsgeschichte:

Wie konnte der Faschismus, der über Italien wie ganz Europa so ungeheures Leid brachte, wieder sein Haupt erheben? Das war möglich, weil seine wirtschaftlichen und sozialen, seine politischen und ideologischen Wurzeln nicht beseitigt wurden.

Sie blieben im wesentlichen unangetastet, weil der Faschismus in der von den USA angeführten, im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges begonnenen weltweiten Auseinandersetzung mit dem Sozialismus gebraucht wurde. Er wurde benötigt, um Kommunisten und Sozialisten, die führenden Kräfte des bewaffneten antifaschistischen Widerstandes, niederzuhalten, die sich an der Spitze der revolutionären Arbeiter- und demokratischen Bewegung anschickten, eine antifaschistisch-antiimperialistische Umwälzung durchzuführen.

Um das zu verhindern und die angeschlagenen Machtpositionen des Kapitals wiederherzustellen, verbündeten die reaktionären Kreise der italienischen Bourgeoisie sich mit den USA, denen es darum ging, ihre Vorherrschaft und die Südflanke der entstehenden NATO zu sichern. So wurden in die von Pentagon und CIA angeführte Allianz die Faschisten einbezogen, die sich unter den Augen der Besatzungsmacht bereits im August 1945 in der Sammlungsbewegung Uòmo Qualunque (Jedermann) und im Dezember 1946 im Movimento Sociale Italiano reorganisieren durften.

Dank dieser Hilfe konnte sich der italienische Faschismus als Bewegung weit gehend intakt über seine Niederlage hinwegretten und unter den Bedingungen des bürgerlich-parlamentarischen Systems wieder aktiv werden. Er wurde zusammen mit dem Vatikan wichtigstes Instrument der von der CIA gegen eine Linksentwicklung, aber auch gegen die Gewerkschaften und progressive bürgerliche Kräfte, wie beispielsweise den Reformer der Democrazia Cristiana, Aldo Moro, entfesselten Spannungsstrategie, die bei Tausenden Terrorakten Hunderte Tote und Tausende Verletzte fordert.[5] Dieser Terror war ein entscheidender Faktor der Wegbereitung der heutigen Regierung.



Dieser gepanzerte LKW, von Fiat produziert, konnte nicht nur Panzer befördern, sondern auch ein Abschussgerät für menschliche Kanonenkugeln

Das MSI und seine verschiedenen Organisationen waren in alle Verschwörungen, mit denen italienische, USA- und NATO-Militärs sowie Geheimdienstkreise ein Regime faschistischen Typs nach dem Vorbild der griechischen Obristen, später dem Modell Pinochet an die Macht putschen wollten, integriert. Die geheime Nato-Truppe ‚stay behind‘, die in Italien Gladio hieß, und bei den Umsturzversuchen die entscheidende Rolle spielte, rekrutierte ihre rund 12.000 Mann zu einem beträchtlichen Teil aus den Reihen der Faschisten, vornehmlich ihrer Terrorbanden.

Zusammengefasst: Der italienische Faschismus konnte sich in der Nachkriegsgeschichte zu einem außerordentlich bedrohlichen Bestandteil der politischen Struktur des Landes entwickeln. Er bildete unter den gegebenen ökonomischen Voraussetzungen und angesichts der permanenten politischen Krisensituation sowie der strategischen und machtpolitischen Erwägungen des Imperialismus mit den USA an der Spitze eine wichtige politische Reserve und ein antidemokratisches Potential des Großkapitals, besonders seiner reaktionärsten Vertreter. In den verschiedenen Etappen der Zuspitzung der Auseinandersetzung wurde er als Druckmittel eingesetzt und auch als – zumindest – an der Machtausübung teilnehmende Kraft nicht ausgeschlossen.

Das schloss ein, dass das 1994 in **Alleanza Nazionale**, AN, umbenannte MSI, beginnend mit der Präsenz in der 1946 gewählten Verfassungsgebenden Versammlung danach stets im Parlament mit Stimmen von durchschnittlich sechs Prozent, streckenweise auch mit neun vertreten war, bevor es 1994 unterstützt durch Berlusconis Medien-Diktatur etwa 13 Prozent erreichte und drittstärkste Parlamentspartei wurde. Die Öffentlichkeit wurde so in der gesamten Nachkriegsgeschichte systematisch daran gewöhnt, dass die Faschisten eine Normalität im bürgerlich-parlamentarischen System darstellten, was auch heute ihrer sogenannten demokratischen Legitimierung dient.

Bei gelegentlich aufgetragener „demokratischer“ Schminke und taktischen Korrekturen hält die AN unverändert an ihrem Bekenntnis zu Mussolini und seinem faschistischen Erbe fest, wie auch ihr jüngster Parteitag im April dieses Jahres zeigte. Der als AN-Chef wiedergewählte Fini betonte vor den 2000 Parteitagsteilnehmern, unter ihnen die Mussolini-Enkelin Alessandra, „wir haben unsere Seele nicht verkauft“ und bekannte sich ausdrücklich zur faschistischen Kontinuität. Demonstrativ begab sich eine Abordnung von 200 Delegierten zur Grab- und Gedenkstätte Mussolinis in Predappio, wo die „guten Taten“ des Duce gewürdigt und erklärt wurde, „wir schauen in die Zukunft, aber wir werden der Vergangenheit nicht abschwören“.[6]

Typisch für den italienischen Faschismus sind auch in der Gegenwart sein hoher und straffer Organisationsgrad, eine bestimmte Massenbasis und das Vorhandensein eines, wenn auch nicht mehr in dem Umfang, wie er bis in die 80er Jahre bestand, nach wie vor zahlenmäßig starken und gefährlichen Terrorapparates, der auch bei den Wahlen im Mai 2001 wieder zur Einschüchterung der Bevölkerung in Aktion trat und in Genua eingesetzt war. Die AN zählt heute eine halbe Million Mitglieder, eine Gewerkschaft, mit einer Million, und Teilorganisationen für Frauen, Jugend, Studenten, Kinder, Umweltschutz, nicht zu vergessen einen „Freundeskreis der Streitkräfte“, die zusammen mit den von ihr angeführten militaristischen, revanchistischen und anderen Traditionsverbänden der Mussolinizeit über drei Millionen umfassen.

Zweiter Partner Berlusconis ist die **Lega Nord**, die gewisse Widersprüche innerhalb des rechtsextremen Bündnisses verdeutlicht, die wiederum Ausdruck be-

stimmter unterschiedlicher Auffassungen von Kapitalkreisen sind. Wenn die Lega die historische Zugehörigkeit der Norditaliener zu den germanischen Stämmen der Langobarden, Kelten und Franken und damit zu Mitteleuropa herausstellt, dann liegt dem die berüchtigte hitlerfaschistische Blut- und Bodenideologie zugrunde, an deren Stelle lediglich die weniger diskreditierten ethnischen und kulturellen Differenzen treten.

Ihr Rassismus beginnt bereits antimeridional und knüpft an traditionelle Antipathien zwischen Nord- und Süditalien an. Beispiele extremistischen Rassenhasses waren, wenn Lega-Anhänger den Fußballklub von Neapel in Mailand mit Spruchbändern empfingen wie: „Was Hitler mit den Juden gemacht hat, wäre auch für Napoli das Richtige“, oder „keine Tierversuche – nehmen wir Neapolitaner“. Ihren Separatismus, der in der Forderung nach Abspaltung Norditaliens gipfelte, hat die Lega inzwischen zugunsten eines weitgehenden Autonomiestatus aufgegeben.

Deutsch-Italienisches Treffen zur Konsolidierung der Achse Rom - Berlin 1937

Ihre Rolle ist schließlich im Kontext des neu entbrannten Kampfes des europäischen und US-amerikanischen Kapitals um Rohstoffe und Einflusssphären, darunter auch auf dem Balkan, zu sehen. Es war der damalige Außenminister Genscher, der die Ansprüche der deutschen EU-Führungsmacht anmeldete, als er betonte, der nördliche Teil Italiens werde noch entdecken, dass er mehr gemeinsame Interessen mit Süddeutschland als mit Süditalien habe. Der International Herald Tribune vermerkte daraufhin, dass Deutschland ausgehend von seinem Erbanspruch auf Österreich die früher zu Wien gehörende Lombardei als „einen Teil von Deutschland“ betrachte. Der Mailänder ‚Corriere della Sera‘ schrieb danach unverblümt vom Beginn „der Neuaufteilung des europäischen Raumes und der Eroberung neuer Einflusssphären“. [7] Die hatte bekanntermaßen zu dieser Zeit bereits mit dem von Deutschland angezettelten Bürgerkrieg in Jugoslawien begonnen.

Namhafte italienische Persönlichkeiten verweisen darauf, dass es ein schwer wiegender Fehler wäre, nur in AN oder Lega die charakteristischen Tendenzen einer schleichenden Faschisierung zu sehen und belegen, dass Berlusconi selbst diesen Prozess in Persona verkörpert. Bereits 1994 haben die international bekannten Publizisten Giovanni Ruggeri und Mario Guarini in ihrem Buch „Berlusconi – Showmaster der Macht“ (Deutsch bei Gatza) nachgewiesen, dass er zum Führungsstab, dem sogenannten Dreigestirn, der Putschloge P2 des Altfaschisten Licio Gelli gehörte, die per kalten Staatsstreich ein Regime faschistischen Typs an die Macht bringen wollte.

Der führende Politologe Giorgio Galli hält die P2 noch immer für existent. Regierungskritische Zeitungen verwiesen nach Genua darauf, dass seit dem Amtsantritt Berlusconis vieles auf das von der P2 entworfene Szenarium eines Umsturzes deutet, darunter auch Berlusconis Ankündigung, Italien von Kommunisten und Postkommunisten (unter Letzteren sind die Linksdemokraten zu verstehen) „zu befreien“.

Noberto Bobio vermerkte zur Forza-Partei das Fehlen jeglicher „demokratischer Merkmale“. Da Warnungen vor der Etablierung eines faschistischen Regimes, wie sie Nobelpreisträger Dario Fo aussprach, gern als linke Übertreibungen und Schwarzmalerei diffamiert werden, zitiere ich eine in dieser Hinsicht völlig unverdächtige Stimme, den Anfang 2002 verstorbenen Kolumnisten des großbürgerlichen ‚Corriere della Sera‘ Indro Montanelli, der vor Berlusconi als einem durchaus möglichen „neuen Mussolini“ als einem „lächelnden Diktator“ warnte.

Ein weiterer Faktor ist der Zusammenbruch des Ostblocks 1989/90, der weltweit reaktionären und Rechtskräften Auftrieb gab, darunter der forcierten schleichenden Faschisierung in Italien. Wie anderswo meldeten auch die italienischen Faschisten ihren Anspruch auf einen Platz in der ersten Reihe der angeblichen „Sieger“ an. Während der Feiern zum 70. Jahrestag des Marsches auf Rom 1992, die in einer Atmosphäre der Verherrlichung des Faschismus und Mussolinis stattfanden, erklärte Fini, es sei „notwendig, es auszusprechen: Nur dank Mussolinis ist Italien 1922 nicht kommunistisch geworden.“[8]

Einzubeziehen ist, dass 1992/93 das von den Christdemokraten im Bündnis mit den Sozialisten Bettino Craxis angeführte alte bürgerliche Parteiensystem in einem riesigen Korruptionssumpf erdrutschartig zusammenbrach. In der einsetzenden schweren politischen Krise ergab sich für die Linke die Möglichkeit einer Regierungsalternative. Berlusconi zimmerte in dieser Situation mit Fini und Bossi unverzüglich seine rechtsextreme Koalition zusammen. Ihr Wahlsieg wurde zur realen Gefahr. Doch die 1991 aus der IKP hervorgegangene sozialdemokratische Linkspartei (PDS, heute nur noch Linksdemokraten – DS) lehnte ein Zusammengehen mit der kommunistischen Neugründung (PRC) ab. Ihre Verweigerung ermöglichte Berlusconi im Frühjahr 1994 den Wahlsieg und die erste Regierungsbildung. Als 1996 die Linke Mitte mit der DS an der Spitze und die PRC im Wahlbündnis antraten, wurde die Berlusconi-Allianz geschlagen.

Zurück zur zweiten Berlusconi-Regierung:

Ihre faschistischen Charakterzüge zu enthüllen fällt vor allem deshalb nicht leicht, weil sie sich mit einem demokratischen Outfit vorstellen kann, das ihr die christdemokratischen Parteigrüppchen CDU und CCD oder parteilose Politiker durch ihren Eintritt in das Kabinett verschafften. Auch das übrigens eine historische Parallele, denn in Mussolinis 1922 gebildeter erster Regierung gehörten von 15 Ministern nur vier der faschistischen Partei an. Sie stellte formal gesehen eine herkömmliche bürgerliche Exekutive dar. Mussolini regierte bis 1926 auch mit dem Parlament, dessen Vollmachten er – wie übrigens Berlusconi derzeit ebenfalls – einschränkte. Er ging erst 1926 in der sein Regime existenziell bedrohenden sogenannten Matteotti-Krise, zur offenen Diktatur über. Die Polizeiorgien in Genua im Juli 2001 zeigten dann erstmals offen faschistische Praktiken, die an den Terror Mussolinis und die Folterkeller der SA im Deutschland von 1933 erinnerten. Vizepremier Fini und Innenminister Scajola von der Forzapartei reagierten auf die Entlarvung ihrer faschistischen Methoden wie einst Göring und Goebbels, als sie von sich gaben, „die Demonstranten haben bekommen, was sie verdienen“, oder die Polizei habe ihre „Aufgabe mit Würde erfüllt“.

Professor Bodo Zeuner von der FU Berlin warnte: Wer das als „irgendwie entschuldbar durchgehen lässt, leistet Beihilfe zu einer schleichenden Faschisierung der Gesellschaft.“[9]

Einige Stichpunkte zum Programm der Regierung, das derzeit durchgesetzt wird:

Errichtung eines Präsidialregimes mit reiner Mehrheitswahl; Direktwahl des Staatspräsidenten und des Premier, die beide größere Unabhängigkeit von der Legislative erhalten; Auflösung des Senat als zweiter Kammer; Streichung oder Abänderung von fast der Hälfte der 184 Verfassungsartikel, darunter alle mit Bezug auf antifaschistische Grundlagen. Laut namhafter Verfassungsrechtler gleicht das ohne Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung einem „Staatsstreich". In der Abgeordnetenkammer beantragte Fini, das in der Verfassung verankerte Verbot der Partei Mussolinis aufzuheben, was bedeuten würde, dessen verbrecherisches Regime zu rehabilitieren.

An der Spitze steht ein in der gesamten Nachkriegsgeschichte nicht gekannter Sozial- und Demokratieabbau: Einige Stichpunkte: Beseitigung des in Artikel 18 des Arbeitsstatuts festgelegten Kündigungsschutzes, damit Beginn genereller Liquidierung elementarer Arbeiter- und Gewerkschaftsrechte; in Arbeit sind Dekrete zur schärferen Repression, darunter der Einschränkung der Demonstrations- und Versammlungsfreiheit; die Befugnisse der Staatsanwaltschaften werden drastisch beschränkt, die Justizorgane einer einschneidenden Kontrolle der Exekutive unterworfen;[10] Säuberung der öffentlichen Einrichtungen, an erster Stelle die RAI, von „linken Elementen"; Verabschiedung eines rassistischen Einwanderungsgesetzes; Entfernung der Bücher „marxistischen und kommunistischen Einflusses" aus den Schulbibliotheken; Beginn der Demontage der öffentlichen Schulen und an deren Stelle die Bevorzugung und staatliche Förderung der katholischen Privatschulen sowie einer streng katholisch ausgerichteten Familienpolitik, einschließlich einer Änderung des Gesetzes über die Schwangerschaftsunterbrechung.[11]

Zum Widerstand der Arbeiterbewegung und der Haltung der Mitte-Links-Opposition:

Nachdem es bis Ende 2001 zu keinem nennenswerten Widerstand kam, führten mehrere Faktoren zu einem von den Arbeitern ausgehenden Widerstand.

Stichpunkte:

Italien verfügt in Gestalt der PRC über eine wenn auch relativ kleine (zirka 100.000 Mitglieder, knapp etwas über fünf Prozent Wähler), aber doch kämpferische KP, die sich an die Spitze des Kampfes stellte; Berlusconis Angriffe auf elementare Arbeiterrechte riefen den Widerstand der Betroffenen hervor; die Gewerkschaften setzten zunächst zu alter Kampfkraft an; die Antiglobalisierungsbewegung schloss sich diesem Widerstand generell an; Juristen, vor allem zahlreiche Staatsanwaltschaften widersetzten sich ihrer Unterordnung unter die Exekutive; Schriftsteller, Künstler, Schüler und Studenten, Lehrer der allgemeinbildenden und Hochschulen solidarisierten sich mit den Arbeiterprotesten.

Einige Beispiele:

Umberto Eco sieht im Regierungskurs Berlusconis ein Erbe des „übelsten Faschismus". Er und international bekannte Schriftsteller wie Andrea Camilleri, Vincenzo Consolo und Antonio Tabucchi protestierten öffentlich gegen Berlusconi. Rund 200 bekannte Intellektuelle unterschrieben einen von Gian Mario Anselmi und Alberto Asor Rosa initiierten Appell zur Verteidigung der grundlegenden demokratischen Freiheiten und des zivilen Lebens.

Nach einer Drei-Millionen-Demonstration am 26. März 2002 in Rom war ein Generalstreik am 16. April eine unüberhörbare Kampfansage. Das rückte vor allem deshalb landesweit in den Blickpunkt, weil im Dezember 1994 durch einen Generalstreik die erste Berlusconi-Regierung zu Fall gebracht worden war. Auf Massendemonstrationen mit Hunderttausenden Teilnehmern ertönte am 25. April, dem 57. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, unüberhörbar das alte Partisanenlied „Bella Ciao" als Symbol eines neuen antifaschistischen Widerstandes gegen Berlusconi.

Berlusconis rechtsextreme Politik zu stoppen, wird vor allem davon abhängen, ob es gelingt, ein gemeinsames Handeln von Kommunisten und Linksdemokraten auf der Grundlage einer klaren Haltung zur Verteidigung der demokratischen und Arbeiterrechte sowie des entschiedenen Kampfes gegen Rassismus und schleichende Faschisierung zu Stande zu bringen. Die PRC setzte dazu auf ihrem Parteitag im April 2002 mit einem Appell an die DS, eine neue Aktionseinheit herzustellen und auf dieser Grundlage das Mitte-Links-Bündnis zu erneuern, strategische Akzente. Von Bedeutung ist dabei das vom Parteitag beschlossene revolutionäre linke Aktionsprogramm, nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt der Erfahrungen, die es uns vermitteln kann. In ihm steht auf internationaler Ebene der Widerstand gegen die von Bush und den USA angeführte Kriegs- und Expansionspolitik im Vordergrund.

Weitere Eckpunkte sind Antikapitalismus, Betonen des revolutionären Charakters gesellschaftlicher Umwandlungsprozesse, das Bekenntnis zur sozialistischen Perspektive und zur internationalen Solidarität mit den Befreiungskämpfen in der Dritten Welt, darunter dem Kampf des palästinensischen Volkes.

Bei den Provinz-, Städte- und Gemeindewahlen, zu denen im Mai 2002 über 12 Millionen Wähler aufgerufen waren, kam es nach dem Aktionseinheitsangebot vielerorts zu Wahlabsprachen zwischen der PRC und den anderen Oppositionsparteien, was ermöglichte, der Berlusconi-Koalition eine empfindliche Niederlage beizubringen.

Ein erneuertes Mitte-Links-Bündnis könnte auch die christdemokratischen Parteigrüppchen CDU und CCD, die der profaschistischen Koalition ein demokratisches Outfit verschaffen, unter Druck setzen, die Regierung zu verlassen.

Den wachsenden Kampfaktionen versucht Berlusconis mit einer Neuauflage der berüchtigten Spannungsstrategie zu begegnen. Vor dem Generalstreik im April 2002 verbreitete er, neue „Rote Brigaden" hätten gemeinsam mit Al Quaida-Terroristen geplant, US-Präsident Bush während des G8-Gipfels zu ermorden. Mit dem Generalstreik begäben sich die Gewerkschaften auf diese terroristische Linie. Es gibt bereits die ersten Toten, die, wie ein untersuchender Staatsanwalt den Mut hatte, öffentlich zu erklären, auf das Konto der Geheimdienste gehen. [12]

Der Versuch einer Neuauflage der Spannungsstrategie offenbart, dass der Terror, als ein Wesensmerkmal der faschistischen Bewegung auch in der italienischen Nachkriegsgeschichte, in alten und neuen Elementen, darunter bereits der Drohung mit Gewaltanwendung und der Einbeziehung der Mediendiktatur, zu einem bestimmenden Instrument der Machtausübung Berlusconis wird.

Mit rund 60.000 Teilnehmern und annähernd einer Million Demonstranten erreichte der Widerstand mit dem Europäischen Sozialforum im November 2002 in Florenz einen neuen Höhepunkt. Das Forum zeigte die reale Möglichkeit, einen breite Volksschichten erfassenden Widerstand gegen die vom Imperialismus ausgehende Kriegsgefahr und die Verteidigung der wie noch nie in der Nachkriegsgeschichte bedrohten sozialen Errungenschaften und bürgerlich-demokratischen Freiheiten in europäischen ja weltweiten Dimensionen zu organisieren.

In Italien stellte das ESF eine empfindliche Niederlage für Berlusconi dar, da dessen erneute Versuche, das Forum im Vorfeld zu kriminalisieren und es so zu verhindern, scheiterten. Dem ESF war im Oktober ein zweiter Generalstreik vorausgegangen.

Zu beachten sind wachsende, wenngleich nicht über zu bewertende Widersprüche im Unternehmerlager und beim Koalitionpartner CCD, der den Parlamentspräsidenten stellt. Immerhin waren sie so beunruhigend, dass die FAZ sich am 4. Juni 2002 damit befasste und Berlusconi mahnte, die Geschlossenheit des Unternehmerlagers nicht zu gefährden.

Den tieferen Hintergrund bilden Kontroversen zwischen den von FIAT-Besitzer Agnelli angeführten Kapitalkreisen, dem sogenannten alten Industrieadel, und den hinter Berlusconi stehenden Gruppen.

Hier geht es vornehmlich um drei Fragen: 1. schwenkt Agnelli, weil er befürchtet, Berlusconi provoziere einen schwer

zu bremsenden Volkswiderstand, zur Unterstützung der linken Mitte zurück, die er 96 im Wahlkampf favorisierte; 2. den Kampf um die Führerschaft des Kapitals; und 3. darum, dass Berlusconi FIAT aus dem Rüstungsgeschäft verdrängen will.

Die Auseinandersetzung setzte bereits ein, als der parteilose Außenminister Renato Ruggiero, ein Mann Agnellis, im Januar 2002 wegen „ernsthafter Meinungsverschiedenheiten“ mit seinem Premier zurücktrat.

Konkret ging es um den italienischen Beitrag zum EU-Militärtransporter A400M, den Berlusconi verweigerte, um dem Agnelli-Konzern FIAT-Aviazione das Geschäft zu vermasseln. Denn die FIAT-Gruppe ist nicht nur der in der Krise steckende Automobilkonzern, sondern zu etwa 60 Prozent unverändert der größte italienische Industrie- und Rüstungskonzern.

Der Forza-Chef will mit Agnelli auch einen führenden Vertreter der Kapitalkreise, die in der Arbeiterbewegung auf die Reformisten setzten, um so den Arbeiterwiderstand besser niederhalten zu können, ausschalten.

Die linke Mitte, vor allem die DS, stehen vor der Aufgabe, sorgfältig abzuwägen, ob und wie bestimmte Widersprüche innerhalb der Großbourgeoisie für den Kampf gegen Berlusconi genutzt werden können. Keinesfalls kann es darum gehen, sich vor den Karren des Agnelli-Clans spannen zu lassen und, wie es nach dem Wahlsieg von 1996 der Fall war, die auf den Reformismus setzende Expansionspolitik des Kriegsproduzenten FIAT mitzumachen und den Sozialabbau des liberalen Flügels der Großbourgeoisie mit zu tragen.

Unter diesem Gesichtspunkt sind auch eingetretene Rückschläge zu sehen. Das Projekt einer neuen Aktionseinheit mit den Linksdemokraten und einer Erneuerung der linken Mitte kommt nicht voran, weil die Partner der PRC den Einflüsterungen der liberalen Kapitalkreise erlagen, sich nicht mit den Kommunisten einzulassen, wofür ihnen bei den Wahlen 2006 entsprechende Protektion versprochen wird.

Die DS-Führung sprach sich danach gegen den zweiten Generalstreik aus, beteiligte sich auch nicht am ESF in Florenz. Die oppositionellen Zentrumsparteien, an ihrer Spitze die Demokraten Roman Prodis, warten auf die Rückkehr ihres Parteichefs aus Brüssel, um mit ihm, der 1996 die profaschistische Koalition geschlagen hat, als Premiers-Kandidat erneut in den Wahlkampf zu ziehen.

Im Schlepptau der Linksdemokraten kapitulierten die DS- bzw. katholisch beeinflussten Gewerkschaften CISL und UIL, sabotierten die einheitliche Kampffront der Gewerkschaften und schlossen mit Berlusconi einen „Pakt für Italien“ getauften neuen Sozialpakt, in dem sie sich zu Verhandlungen über eine „Reform des Arbeitsmarktes“ bereit erklärten.13 Gegen den opportunistischen Kurs ihrer Führung nahmen jedoch über 80 Prozent der zusammen etwa drei Millionen Mitglieder zählenden CISL und UIL am zweiten Generalstreik teil.

An der DS-Basis regt sich jedoch Widerstand gegen den Aktionseinheitsfeindlichen Kurs der Parteiführung. DS-Chef Pier Fassino wird zum Rücktritt aufgefordert. Die Parteiopposition führt der bisherige CGIL-Sekretär Sergio Cofferati an, der als der „ neue Mann“ an der DS-Spitze gesehen wird. Noch ist der Ausgang offen. Das Anwachsen des Widerstands zeigt jedoch, dass die Pläne Berlusconis zum Scheitern gebracht und er schließlich wie bereits 1994 gestürzt werden kann, wenn Aktionseinheit und einheitliches Handeln der Mitte-Links-Opposition zu Stande gebracht werden.

Gelingt das, dann wird Italien auf andere Weise, als es der FAZ vorschwebte, Avantgarde, und zwar im Kampf gegen die rechtsextreme Gefahr in Europa werden. Bleibt zum Abschluss zu sagen, dass diesen Erfahrungen für unseren eigenen Kampf eine große Bedeutung zukommt.

Zum Thema liegen von Gerhard Feldbauer folgende Publikationen vor:

- **Von Mussolini bis Fini. Die extreme Rechte in Italien. Elefantenpress (heute Espresso). Berlin 1996**
- **Agenten, Terror, Staatskomplott. Der Mord an Aldo Moro, Rote Brigaden und CIA. PapyRossa. Köln 2000**
- **Kommt mit Berlusconi ein neuer Mussolini. Neue Impulse. Essen 2002. Eine aktualisierte Neuauflage erscheint im Februar 2003**
- **Marsch auf Rom. Faschismus und Antifaschismus in Italien. PapyRossa. Köln 2002**
- **In Kürze erscheint: Aldo Moro. Die Aktualität des Erbe eines bürgerlichen Reformers**

Anmerkungen:

1 FAZ, 23. April 1994
2 Zit. in: UZ, 8. März 1996
3 Losurdo, Domenico: Die neuen Hitler, MBl 4/2000, S. 64
4 Losano, Mario G.: Sonne in der Tasche. Italienische Politik seit 1992. München 1995, S. 191
5 Cipriano, Antonio e Gianni: Sovranitá limitata. storia dell´Eversione atlantica in Italia. Rom 1991; Galli, Giorgio: Staatsgeschäfte, Affären, Skandale, Verschwörungen. Das unterirdische Italien 1943 - 1990. Hamburg 1994.
6 Repubblica, Rom, 6. April 2002
7 International Herald Tribune, New York, 7. Aug. 1995; Corriere, Mailand, 9. Aug. 1995
8 Locatelli/Martini: Duce adio, Mailand 1994, S. 117
9 Zit in: UZ, 23. Aug. 2001
10 Corriere della Sera, Mailand, 6. Juni 2000
11 Repùbblica, Rom, 18.Mai 2001
12 Vgl. Beitrag des Autors, „Der mysteriöse Tod des Michele Landi“, junge Welt 18. Juni 2002
13 Interview des Autors mit dem Vorsitzenden des Politischen Komitees der PRC, Stefano Zuccherini, UZ 16. Aug. 2002

Vorbereitungen gegen Neonaziaufmarsch am 1. Mai

MANNHEIM. Am 16.1. trafen sich auf Einladung des DGB Region Rhein-Neckar ca 60 Leute aus unterschiedlichen Zusammenhängen, um über die Planungen für den 1. Mai 2003 zu diskutieren, und das heißt in Mannheim wieder: Verhinderung eines Naziaufmarsches. Ein „Kampa-Team“ hatte die Versammlung vorbereitet und einen ausführlichen Aktionsplan mit vielfältigen Aktionsformen. Die Erfahrung der vergangenen zwei Jahre, des Aufeinander-angewiesen-Seins und der gegenseitigen Verlässlichkeit, wirkte sich sehr positiv aus. Man hatte den Eindruck: Alle haben gelernt, wie man es machen muss. Immerhin ist das erklärte gemeinsame Ziel, die Nazis nicht in die Stadt kommen zu lassen. Über den nachfolgend abgedruckten Aufruf wurde nach kurzer aber intensiver Diskussion Konsens erzielt. Es werden jetzt bis 28.2.03 Unterstützungsunterschriften von Einzelpersonen und Initiativen/Organisationen gesammelt. (Rückmeldungen Karola.Pelzer@dgb.de bzw. DGB, Hans-Böckler-Straße 1, 68161 Mannheim.)

aus dem Aufruf:
Die Kurpfalz: Offen, tolerant und demokratisch! Keine Chance für Fremdenhass und Gewalt!
Kein Naziaufmarsch am 1. Mai!

Wir verurteilen mit Nachdruck jede Form von Gewalt, Fremdenhass, Antisemitismus und Rassenwahn. Wir wehren uns dagegen, dass Menschen – gleich welcher Nationalität, Religion, ethnischer oder sonstiger Herkunft – durch Gewalt oder Diskriminierung verletzt oder beleidigt werden.

Die Nazis wollen auch in diesem Jahr wieder am 1. Mai in Mannheim aufmarschieren, um für ihre menschenverachtenden Ziele zu werben. Für sie ist in der Kurpfalz und auch anderswo kein Platz! Sie haben bei uns nichts verloren! Das sind wir den Verfolgten und Opfern des Faschismus schuldig! ... Wir appellieren an die Bürgerinnen und Bürger, überall und jederzeit gegen Gewalt, Fremdenhass, Antisemitismus und Rassenwahn Stellung zu beziehen und sich mit Zivilcourage einzumischen. Einzeln und gemeinsam, in Aktionen, Veranstaltungen oder durch Gesten der Solidarität und Mitmenschlichkeit.

In unserer Region gibt es keinen Platz für Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Alle sind aufgerufen, in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz oder in Vereinen und Gruppen ihren Beitrag zu leisten. In diesem Sinne unterstützen wir alle Initiativen in der Bürgerschaft, die aktiv für Toleranz, Liberalität und Offenheit einstehen.

Wir appellieren vor allem an die Schulen und Hochschulen, an die Kirchen, Jugendgruppen, soziale Institutionen, Sportvereine und kulturelle Einrichtungen, jedem Ansatz von Fremdenfeindlichkeit und rechter Gewalt entschieden entgegenzutreten. Wir unterstützen Veranstaltungen, Diskussionen und Begegnungen, um sich mit den Ursachen und Motiven von rechter Gewalt und Fremdenfeindlichkeit zu befassen. Alle sind aufgerufen, sich an der gemeinsamen und friedlichen Demonstration sowie der anschließenden Kundgebung des DGB am 1. Mai in Mannheim zu beteiligen und die vielfältigen weiteren antifaschistischen und gewaltfreien Aktionen zu unterstützen. ■

Pfingsten 2003: Gegen die Traditionspflege der Gebirgsjäger! Bestrafung der Kriegsverbrecher!

Der Arbeitskreis Angreifbare Traditionspflege und die VVN-BdA rufen für Pfingsten 2003 zu Protesten beim jährlichen Traditionstreffen der gebirgsjäger auf. Wir dokumentieren den Aufruf:

Nahe der österreichischen Grenze, umgeben von steilen Bergen und stillen Gewässern, lädt der Ferienort Mittenwald zu einem Aufenthalt ein. Das regional spezifische Reizklima ist besonders an den Pfingstfeiertagen deutlich spürbar, wenn sich die alten Gebirgsjäger-Kameraden der Wehrmacht gemeinsam mit ihren Bundeswehr-Nachfolgern versammeln, um althergebrachte Werte und Traditionen zu pflegen. Sie leugnen noch heute die von ihnen begangenen Massaker und Zerstörungen während des Zweiten Weltkrieges u. a. in Griechenland (Kommeno, Kephalonia, Lyngiades, Skines), in Italien (Camerino, Fabriano), in Frankreich (im Vercors), in Finnland (Rovaniemi) und in weiteren Orten Jugoslawiens, Polens, Albaniens, der Sowjetunion und dem Kaukasus.

In Kommeno (Nordgriechenland) fuhren Soldaten der 12. Kompanie des Gebirgsjäger-Regiments 98 am 16. August 1943 zum Morden „feldmarschmäßig“ mit Maultieren und dem Küchenwagen vor und erschossen 317 Frauen Männer und Kinder. Die unter dem Kommando des späteren Bundeswehrgeneraloberst Reinhold Klebe stehenden Soldaten ermordeten nicht nur Zivilisten, sondern schändeten Frauenleichen und gaben das Dorf zum privaten Raubzug frei. Dieses bestialische Massaker blieb kein Einzelfall. Im September 1943 beteiligten sich Soldaten der 1. Gebirgsdivision an der Entwaffnung der italienischen Armee in Griechenland und erschossen ca. 4.000 gefangengenommene Soldaten auf der Insel Kephalonia. Die Mörder zogen weiter. In Joannina unterstützte die 1. Gebirgsdivision die Geheime Feldpolizei bei der Ghettoisierung und Deportation der griechischen Jüdinnen und Juden. Jüdische Partisanen wurden hingerichtet. Griechische ZivilistInnen, die die Massaker überlebten, wurden als Geiseln festgehalten oder nach Deutschland zur Zwangsarbeit verschleppt. Unter dem Deckmantel der sogenannten „Bandenbekämpfung“ ermordeten Gebirgsjäger-Einheiten über 1.000 GriechInnen und zerstörten allein im Oktober 1943 im Epirusgebiet mehr als 100 Dörfer. Auch in Italien wurden im Juni 1944 in den Dörfern Camerino und Fabriano im Zuge der „Partisanenbekämpfung“ über 100 ZivilistInnen von Angehörigen der 5. Gebirgsjäger-Division ermordet. Für diese Kriegsverbrechen wurde nicht ein einziger Gebirgsjäger von der deutschen Justiz zur Rechenschaft gezogen.

Im bayerischen Mittenwald feiern Angehörige der faschistischen deutschen Wehrmacht und der Bundeswehr noch heute ihre vergangenen und aktuellen Fronterlebnisse. Voller Stolz erleben die greisen Wehrmachtssoldaten, dass Bundeswehrsoldaten in SFOR- und KFOR-Einheiten heute wieder auf dem Balkan kämpfen, wo sie selbst schon vor 60 Jahren wüteten. Die Soldaten der Gebirgsjäger-Einheiten beschwören eine

Tradition von den kaiserlichen Truppen des Ersten Weltkrieges über die Wehrmacht Nazi-Deutschlands bis zur heutigen Bundeswehr.

Zu ihrer größten Überraschung wurden die Feiern der Gebirgstruppe Pfingsten 2002 zum ersten Mal seit 1952 gestört! AntifaschistInnen aus der gesamten Bundesrepublik folgten der Einladung des Fremdenverkehrsvereins Mittenwald, am samstäglichen Kameradschaftstreffen teilzunehmen. Sie wollten eine Gedenkminute zu Ehren der ermordeten Menschen am Versammlungsort der Täter abhalten und die Anwesenden mit der mörderischen Geschichte der Gebirgstruppe konfrontieren. Alte und junge Kameraden reagierten darauf äußerst aggressiv. Die bayerische Polizei würdigte die antifaschistischen Bemühungen, indem sie alle BesucherInnen einer Jugendherberge, unter denen sie TeilnehmerInnen der Gedenkveranstaltung vermutete, festsetzte und die Herberge selbst zum Ort der Ingewahrsamsnahme erklärte. Stundenlang wurde das Haus von der Polizei samt Hundestaffeln umstellt, bevor den inzwischen sehr hungrigen und durstigen Gästen erlaubt wurde, sich zu versorgen. Zur gleichen Zeit trafen sich rund 2.000 ehemalige und aktive Gebirgsjäger zur größten deutschen Soldatenfeier am Ehrenmal „Hoher Brendten“ auf nahe gelegenem Bundeswehrgelände. Der Versuch, am späten Nachmittag eine spontane Kundgebung in Mittenwald durchzuführen, um sowohl über das Kameradentreffen als auch über die Festnahme der AntifaschistInnen zu informieren, wurde durch einen weiteren Polizeieinsatz vereitelt.

Die „unangreifbare Traditionspflege“ (Zitat Stoiber) alter und junger Militaristen und Mörder wollen und dulden wir nicht. Wir wollen keine Zukunft, die irgendwelche Militärs mitgestalten. Das Militär hat keine Zukunft, es ist Garant einer Gegenwart, die jeder emanzipatorischen Politik entgegensteht. Wir wollen, keine Entschuldigung für das eine oder andere Massaker, wir wollen dass die Überlebenden der Massaker endlich von der BRD entschädigt werden.

Pfingsten 2003, also am 7. und 8. Juni 2003 werden wir die Gemeinde Mittenwald und die Gebirgsjäger-Kameraden erneut besuchen. Wir wollen in Mittenwald die Entschädigungsforderungen griechischer NS-Opfer gegenüber der Bundesrepublik Deutschland einer breiteren Öffentlichkeit bekannt machen und sie wirksam unterstützen und einen Beitrag zur Wiederaufnahme von Ermittlungsverfahren gegen Gebirgsjäger der Wehrmacht wegen Kriegsverbrechen leisten.

Wir rufen AntifaschistInnen und AntimilitaristInnen dazu auf, an einem Hearing, an Demonstrationen und Aktionen in Mittenwald und am Hohen Brendten teilzunehmen. Zu dem Hearing zu den Kriegsverbrechen der deutschen Gebirgsjäger und zu den Entschädigungsforderungen der Opfer sind u.a. VertreterInnen des Griechischen Nationalrats der Opferverbände aus Athen, Überlebende der Massaker aus Griechenland, MilitärhistorikerInnen und WiderstandskämpferInnen eingeladen.

Nichts ist vergessen! Bestrafung der Kriegsverbrecher! Entschädigung aller NS-Opfer!

VeranstalterInnen: AK Angreifbare Traditionspflege, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes VVN-BdA , unterstützt vom AK Distomo ■

Kontakt: AK Angreifbare Traditionspflege angreifbare.tradition@freenet.de, Postanschrift: Antifaschismus-Referat Bergische Universität Wuppertal Max-Horkheimer-Str. 15 42119 Wuppertal, Spendenkonto: Freie Medien „Traditionspflege“ Postbank Essen Ktr. 470834437 Blz. 36010043

Drohende Todesstrafe für den aus Deutschland abgeschobenen indischen Staatsbürger Professor Davinder Pal Singh Bhullar

Berlin. PRO ASYL hat in einem dringenden Appell die Bundesregierung, den Bundespräsidenten Johannes Rau und die Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses Christa Nickels aufgefordert, alle politischen und diplomatischen Initiativen zu ergreifen, um die drohende Todesstrafe von Professor Davinder Pal Singh Bhullar abzuwenden.

Dem indischen Staatsbürger droht nach seiner Zurückweisung aus Deutschland die Hinrichtung in Indien. Nach Kenntnis von PRO ASYL ist dies der erste Fall, in dem einem Flüchtling, der wegen einer fehlerhaften Asylentscheidung von Deutschland zurückgewiesen wurde, die Todesstrafe droht. Auf dramatische Weise zeigt der Fall des Herrn Singh Bhullar die strukturellen Mängel des bundesdeutschen Flughafenverfahrens. Entscheidungen über Leben und Tod können nicht in Schnellverfahren unter haftähnlichen Bedingungen gefällt werden.

Kurzbeschreibung des Falls:

Professor Davinder Pal Singh Bhullar, indischer Staatsbürger und Angehöriger der Glaubensgemeinschaft der Sikh, stellte am 17. Dezember 1994 am Frankfurter Flughafen einen Asylantrag. Aus Angst, die deutschen Behörden könnten die indischen Behörden informieren, gab er zunächst eine falsche Identität an. Am 21. Dezember 1994 wurde der Asylantrag im Rahmen des Flughafenverfahrens vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt. Am 28. Dezember 1994 erreichte den Prozessbevollmächtigten eine schriftliche Erklärung von Herrn Singh Bhullar, in der er seine wahre Identität preisgab und seine Verfolgungsgeschichte detailliert darstellte. Darin gab er u.a. an, aufgrund seiner führenden Rolle in der Khalistan-Liberation-Force (KLF) und in der Sikh Student Federation (SSF) seit 1983 mehrmals inhaftiert, misshandelt und gefoltert worden zu sein. Nachdem er erfahren hatte, dass sein Vater und sein Onkel offensichtlich von der Polizei ermordet worden sind, floh er 1994 schließlich nach Deutschland.

Die von Professor Singh Bhullars Rechtsanwalt eingelegten Rechtsmittel gegen die Entscheidung – darunter auch zwei Verfassungsbeschwerden – sowie mehrere Anträge auf Abänderung der Entscheidungen blieben ohne Erfolg. Mit seinem Beschluss vom 5. Januar 1995 wertete das VG Frankfurt Herrn Singh Bhullars Vorbringen als konstruiert und als insgesamt unglaubhaft. Herr Singh Bhullar wurde am 18. Januar 1995 nach Neu Delhi zurückgewiesen. Dort wurde er noch am Flughafen polizeilich verhört und anschließend in Haft genommen.

Erst im Oktober 1997 stellte das Verwaltungsgericht Frankfurt Abschiebungshindernisse aufgrund einer individuell-konkreten Foltergefahr wegen seiner Religionszugehörigkeit und möglicher Todesstrafe für Herrn Singh Bhullar fest.

Nach 6jähriger Haft wurde Professor Singh Bhullar im August 2001 in Indien wegen angeblicher Beteiligung an einem Bombenanschlag zum Tode verurteilt. Auch die Revision beim Supreme Court of India hatte keinen Erfolg. Im März 2002 bestätigten zwei der drei Richter das Todesurteil. Der Vorsitzende Richter des Supreme Court plädierte jedoch in einem Minderheitenvotum auf Freispruch, da er Professor Singh Bhullars „Geständnis“ als nicht ausreichend untermauert sah. Zudem widerrief Herr Singh Bhullar sein „Geständnis“, das nach eigenen Angaben unter Folter von ihm erpresst worden war. Im Rahmen eines Berufungsverfahrens sprachen sich am 17. Dezember 2002 dennoch erneut zwei der drei Richter für die Todesstrafe für Herrn Singh Bhullar aus. Damit steht nun einer Vollstreckung des Todesurteils – rechtlich – nichts mehr entgegen.

PRO ASYL fürchtet um das Leben von Herrn Singh Bhullar, der aufgrund von Mängeln im Asylverfahren von deutschen Behörden der möglichen Gefahr der Todesstrafe in Indien ausgesetzt worden ist. PRO ASYL appelliert an die deutsche Bundesregierung und den Bundespräsidenten, sich gegenüber dem indischen Präsidenten dafür einzusetzen, dass von einer Vollstreckung des Todesurteils bei Professor Singh Bhullar abgesehen wird.

gez. Karl Kopp, Europareferent Pro Asyl, 20. Januar 2003 ■

Erneut kurdischer Politiker verhaftet

Köln. Aufgrund eines Haftbefehls des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof haben Beamte des Bundeskriminalamtes am 13. Januar 2003 in Mannheim den kurdischen Politiker Ali S. festgenommen.

Ihm wird vorgeworfen, von April 2001 bis Februar 2002 die „PKK-Region Berlin geleitet zu haben“. Aus diesem Grunde verdächtigt ihn der Generalbundesanwalt (GBA) der Mitgliedschaft in einer „kriminellen“ Vereinigung (§ 129 StGB). Ali S. soll laut GBA „die Strukturen, das hierarchische Kadersystem, die personelle Identität der Führungsfunktionäre der PKK und deren Arbeitsbereiche“ beibehalten haben.

Obgleich die PKK vor vier Jahren den bewaffneten Kampf eingestellt hat und seither zahlreiche einseitige Initiativen und Angebote zur friedlichen Lösung der Kurden-Frage ergriffen hat, übernimmt die Bundesregierung die Behauptungen der türkischen Regierung, es handele sich beim KADEK um eine Nachfolgeorganisation der PKK. Diese hat sich im April 2002 aufgelöst. Gegründet wurde der „Kongress für Demokratie und Frieden in Kurdistan“ (KADEK) mit völlig veränderten Strukturen und Aufgaben.

Um die Türkei zur Teilnahme an ihrem Feldzug gegen den Irak zu bewegen, hat die US-Regierung dem NATO-Land Millionen Dollar zur Investition in die Modernisierung von in Kurdistan befindlichen militärischen Stützpunkten angeboten. Von dort sollen Angriffe gegen den Irak geflogen und US-amerikanische Soldaten stationiert werden. Die Türkei wiederum hat im Gegenzug die USA um die Aufnahme des KADEK auf ihre „Terrorliste“ gebeten, was auch prompt geschehen ist.

Die Bundesregierung und mithin die Strafverfolgungsbehörden haben sich offenbar entschieden: Statt eines Dialoges mit der kurdischen Bewegung und statt einer gemeinsamen Suche nach friedlichen Lösungswegen im Kurdistan-Konflikt setzt sie weiter auf eine Politik

der Repression und Ignoranz hinsichtlich der Friedensbemühungen.

AZADI verurteilt das überaus unfriedfertige Verhalten der Bundesregierung und fordert die sofortige Freilassung von Ali S. und der anderen politischen Gefangenen: „Mit Provokationen dieser Art sollte endlich Schluss gemacht werden. Sie tragen nicht dazu bei, dass die kurdische Bevölkerung Vertrauen in die viel beschworene Demokratie in der Bundesrepublik entwickeln kann. Wir appellieren an alle demokratischen Kräfte, sich für ein Verbot des PKK-Verbotes einzusetzen."

AZADI, Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden e.V., Köln, Lindenthalgürtel 102, 50935 Köln, 20. Januar 2003. ■

Protest gegen inhumane Haftbedingungen

BERLIN. Am 20.1. hat ein Hungerstreik von allen Gefangenen der ersten Etage in Haus 3 des Abschiebegewahrsams Köpenick (Grünau) begonnen. Diesen 42 Hungerstreikenden haben sich mindestens 26 Männer aus anderen Etagen angeschlossen. Besonders dramatisch ist die Situation eines Häftlings, der sich seit fünf Tagen im Durststreik befindet.
Die Häftlinge fordern:

- Sofortige Entlassung von Menschen, die aus juristischen oder tatsächlichen Gründen nicht abgeschoben werden können, aber trotzdem über 6 Monate in Haft sind.
- Ein Ende der monatelangen Ungewissheit über ihre Entlassung, bzw. Abschiebung
- Beendigung der menschenunwürdigen Behandlung durch PolizeibeamtInnen, ÄrztInnen und SozialarbeiterInnen
- Verbesserung der unzumutbaren hygienischen Zustände.

Sie wollen in einem Gespräch mit dem Innensenator Körting und der Justizsenatorin Schubert, einem Vertreter der Ausländerbehörde und der Berliner Polizei ihre Forderungen durchsetzen. Für den Fall, dass das Gespräch nicht innerhalb von drei Tagen stattfindet, kündigen sie weitere Aktionen an.

Für weitere Informationen und für Kontaktaufnahme mit den Hungerstreikenden: Antirassistische Initiative Berlin - Telefon: 030 785 72 81, ari-berlin@gmx.de.
Für Hintergrundinformationen: http://www.abschiebehaft.de

Korrektur:
In AN 2-03 ist uns auf Seite 11 ein Fehler unterlaufen. Bei der Auflistung der Anzahl von Asylbewerbern aus verschiedenen Hauptherkunftsländer (zweitletzter Abschnitt) wurden die Zahlen von 2001 und 2002 vertauscht.
Wir bitten um Entschuldigung

Kein Land – Nirgendwo?

Rückkehrmöglichkeiten von Romaflüchtlingen in die Bundesrepublik Jugoslawien – Ergebnisse einer Recherche-Reise nach Belgrad im Dezember 2002

Karin Hopfmann, Flüchtlingspolitische Sprecherin der PDS- Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

Vorbemerkung

Seit Anfang der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts sind unter den Zehntausenden von Flüchtlingen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ) zahlreiche Angehörige der Roma. Eine erste Flüchtlingswelle kam im Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg seit 1991, eine zweite 1999 während der Zuspitzung der Auseinandersetzungen im Kosovo und durch die NATO-Angriffe auf Serbien und Kosovo.

Es wird geschätzt, dass sich zur Zeit ca. 60 000 Romaflüchtlinge aus Serbien und Montenegro sowie dem Kosovo in der Bundesrepublik aufhalten.

Ebenso wie die besonders prekäre Situation der Roma in Bosnien-Herzegowina bei der Rückführungspolitik seit 1996 keine Berücksichtigung fand, ist nach der Erneuerung des Rückübernahmeabkommens zwischen den Innenministerien der Bundesrepublik Deutschland und der Bundesrepublik Jugoslawien keine Rücksichtnahme auf die Lebensbedingungen der Roma in Jugoslawien erkennbar.

Eine Flüchtlingspolitik, die sich an den Menschenrechten und Grundsätzen der Humanität orientiert, kann allerdings keine Politik der „Entsorgung" von Menschen in ihr Herkunftsland sein, die das Vorhandensein menschenwürdiger Lebensverhältnisse nicht prüft, die Verantwortung dafür dem Herkunftsland überlässt, ohne nach dessen Realitäten und Möglichkeiten zu fragen und zudem Druck und unmittelbaren Zwang auf die Flüchtlinge in der Frage der Rückkehr ausübt bis hin zur zwangsweisen Abschiebung.

Im Falle der Romaflüchtlinge ist die Androhung einer zwangsweisen Rückführung (sprich Abschiebung, im Englischen deportation) auch mit Blick auf die Verfolgungsgeschichte während der Nazidiktatur und die Ermordung von annähernd 500 000 Roma in ganz Europa, die ebenso wie jüdische Menschen Opfer des Holocaust wurden, im besonderen Maße unverständlich und politisch inakzeptabel. Allerdings findet diese Argumentation unter bundesdeutschen PolitikerInnen kein Gehör. Die Konferenz der Innenminister der Länder lehnte Anfang Dezember 2002 selbst eine kleinteilige Lösung für langjährig in der Bundesrepublik Deutschland lebende Romafamilien aus Jugoslawien ab.

Solange keine Akzeptanz für eine besondere politische Verantwortung gegenüber Romaflüchtlingen aus Südosteuropa erkennbar ist, bleibt nur der Versuch, auf die prekäre Situation der Roma als Randgruppe der Gesellschaften in Osteuropa, die gesellschaftlich und staatlich akzeptierten Formen ihrer Diskriminierung und die sozialen Folgen zu verweisen, um ein Bleiberecht aus humanitären Gründen einzufordern. Eine solche humanitäre Regelung würde für Tausende junge Menschen eine neue Lebensperspektive bedeuten und den ewigen Kreislauf von Benachteiligung und Desintegration in die Mehrheitsgesellschaft endlich aufbrechen. Für die Zukunft ist das auch für die Roma in Jugoslawien zu hoffen, zumal sich mit dem neuen Gesetz zur Förderung von Minderheiten etwas zu bewegen scheint. In der gegenwärtigen Situation hat die große Mehrheit der Roma und ihre Kinder keine Chance auf Akzeptanz und Integration. Am schwersten von Benachteiligung betroffen sind Zehntausende von Romaflüchtlingen aus dem Kosovo, sogenannte IDP´s (Internal Displaced Persons).

Mein Aufenthalt in Belgrad in der Zeit vom 3. bis 7. Dezember 2002 diente der Recherche der tatsächlichen Situation der Roma in Serbien und Kosovo aus der Sicht internationaler und nationaler Organisationen, darunter auch eigenständig arbeitender Romaorganisationen, und staatlicher Institutionen und einer Ortsbesichtigung in einer der zahlreichen Romasiedlungen am Rande von Belgrad. Nur nach einer Kenntnisnahme der realen Lebensbedingungen kann die Frage beantwortet werden, ob es verantwortbar ist, Flüchtlinge zurück zu schicken.

1. Die Flüchtlingssituation in der Bundesrepublik Jugoslawien / Zahlen

Nach unterschiedlichen Angaben der GesprächspartnerInnen beträgt die Gesamtzahl der Flüchtlinge in der BR Jugoslawien zwischen 650.000 und 700.000. Sie stammen aus Kroatien und Bosnien-Herzegowina (450.000), Slowenien (4 - 5.000) und dem Kosovo (230.000, dar-

unter 40.000 bis 60.000 Roma). 26.000 Flüchtlinge wurden in sogenannten collectiv centers untergebracht. Roma wurden bei der Aufnahme in diesen Sammelunterkünften oft zurückgewiesen und begaben sich mehrheitlich in nicht legale Siedlungen zu länger ansässigen Romafamilien. Nur 20.000 Romaflüchtlinge aus dem Kosovo gelten als registriert. Nach Angaben der Serbischen Akademie der Wissenschaften soll die Zahl der Romaflüchtlinge aus dem Kosovo in Serbien 80.000 betragen. Die Gesamtzahl der in der BR Jugoslawien lebenden Roma betrug 1991 offiziell 143.519, inoffiziell wird sie auf 450.000 bis 800.000 geschätzt.

Notbehausungen für Romafamilien

2. Soziale Situation der Romaflüchtlinge (IDP's) in Serbien

In Jugoslawien gibt es eine Vielzahl von nicht legalen Romasiedlungen auf staatlichem Grund und Boden. Sie werden in der Regel geduldet, erhalten aber keine Mittel für grundlegende infrastrukturelle Maßnahmen wie Stromversorgung, befestigte Straßen, Wasseranschlüsse, ganz zu schweigen von Müllabfuhr. Flüchtlinge, die sich an solchen Orten notgedrungen niedergelassen haben, wollen und können sich oft nicht registrieren lassen. Wie berichtet wurde, spielt dabei die Angst vor schlechter Behandlung auf Polizeibehörden, vor Vertreibung als auch die Unsicherheit im Umgang mit bürokratischen Maßnahmen (Formulare ausfüllen) eine Rolle.

Die meisten Romaflüchtlinge sind nicht registriert und haben damit keine Ansprüche auf humanitäre Hilfe, auf Gesundheitsfürsorge, Schulbildung etc. Sie sind für die Behörden nicht existent. Sozialhilfe gibt es für sie nicht. Die Art der Behausung hängt vom sozialen Status der Familie, des familiären Umfeldes und den Mitteln ab, die bei der Flucht gesichert werden konnten. Flucht und Vertreibung aus dem Kosovo z.B. verliefen auf unterschiedliche Art und Weise, je nachdem wie viel Zeit den Familien verblieb, Hab und Gut zu sichern oder zu verkaufen. Viele Familien haben durch die Flucht fast alles verloren, vor allem aber ihre Häuser.

Die Versorgung mit Lebensmitteln und Dingen des täglichen Bedarfs für bedürftige (registrierte) Flüchtlinge wurde bisher von internationalen und nationalen Hilfsorganisationen mit monatlichen Hilfspaketen (pro Person 3 kg Mehl, 3 l Öl, 2 kg Zucker, 1 kg reis, 1 kg Bohnen, 1 kg Spagetti, 1 bis 2 Dosen Fisch oder Fleisch, Hygieneartikel) einigermaßen gesichert. Bei großen Familien kommt es wohl immer wieder vor, dass die Zahl der Hilfepakete stark eingeschränkt wird. Allerdings wurde in mehreren Gesprächen darauf hingewiesen, dass sich die internationalen humanitären Hilfsorganisationen immer mehr zurückziehen und ihre Hilfe nach und nach einstellen. Die Eigenversorgung ist nur durch Gelegenheitsarbeiten möglich. Viele Roma sammeln in den Städten Müll und leben vom Verkauf an Agenturen. Sie sind deshalb auf Wohnplätze in den Städten oder an den Rändern der größeren Städte angewiesen. Durch die Fluchtwelle aus dem Kosovo hat sich die Zahl der Roma in den Siedlungen in und um Belgrad stark erhöht, so dass von einer Zahl von ca. 100.000 Roma ausgegangen werden kann. Bis auf einzelne Aktivitäten internationaler Organisationen erhielten die Flüchtlinge kein Baumaterial, so dass sich die Zahl der armseligen Behausungen aus Wellblech, Holz und Pappe ohne Wasseranschluss und Toilette auf unbefestigten Plätzen stark vergrößert hat.

Ein Anspruch auf Sozialversicherung incl. Krankenkasse besteht nur bei Nachweis einer regulären Arbeit, die für die meisten Roma unerreichbar ist. Die medizinische Versorgung muss ohne Sozialversicherungsvertrag i.d.R. privat finanziert werden. Viele Romafrauen hätten zumindest dann, wenn sie registriert sind, einen Anspruch auf Kindergeld. Sie werden aber oft in den Behörden abgewiesen und nicht nur deshalb, weil das Ausfüllen der vielen Formulare von ihnen selbst nicht geleistet werden kann.

Von mehr als 150 Romasiedlungen in und um Belgrad gilt nur eine (Orlovsko Naselje in Mirjevo) als gänzlich legal. 80% der ca 150 Siedlungen gelten als sehr arme Gebiete, 79% haben keinen Anschluss an die Trinkwasserversorgung, keine Kanalisation. ... Aufgrund der Privatisierung von staatlichen oder kommunalem Grund und Boden, d.h. von Bodenverkäufen an Private kommt es zu erneuten Vertreibungen sowohl alteingesessener Romafamilien als auch der Flüchtlinge. In der Regel (aufgrund der illegalen Niederlassungen) stellt der Staat/die Kommune keine Ersatzlösungen zur Verfügung. So werden ganze Wohnviertel in ihrer Binnenstruktur zerstört.

3. Das Recht auf Bildung – ein Grundrecht auch für Romakinder?

In vielen Gesprächen wurde mir gesagt, eine Änderung der Situation der Roma sei nur langfristig möglich über den Zugang zu Bildung. Dafür seien aber die Zugangsbedingungen für Romakinder, für die ein regulärer Schulabschluss oft unerreichbar sei, diskriminierend. Die Schuleingangstests berücksichtigten nicht den Bildungsstand und die Sprachbesonderheiten in den meisten Romafamilien, so dass viele Kinder die Tests nicht bestehen und in Sonderschulen für lernbehinderte Kinder eingewiesen würden. Einzelne Schulen hätten auch begonnen, Sonderklassen für Roma einzurichten, was auf eine Segregation hinaus liefe. Entscheidend für die Beschulung sei nicht die Intelligenz der Kinder sondern die Sprachkompetenz in der serbischen Sprache und ein Wissensstand, den die Kinder aufgrund ihres sozialen Umfeldes nicht in ausreichendem Maße haben könnten. Dazu kommen die fehlende Registrierung (ohne Registrierung keine Anmeldung zum Schulbesuch), traditionelle Einstellungen zum Schulbesuch in den bildungsfernen Romafamilien und fehlende finanzielle Mittel für eine angemessene Schulbekleidung und Schulmaterialien. Zwischen 60 und 70% der Kinder sollen die Grundschule abbrechen. Einzelne erfolgreiche Schulvorbereitungskurse wie z.B. die aus privaten und Spendenmitteln finanzierten KITAs des Vereins Romsko Srce in Belgrad (Betreuung von 200 Kindern) zeigten aber, dass die Kinder bei einer Förderung im vorschulischen Bereich mehrheitlich die Schuleingangstests bestehen und auf „normale" Schulen gehen könnten. An entsprechenden staatlichen Förderprogrammen fehle es aber bzw. werden Projekte wie das eines nachweislich erfolgreich arbeitenden Montessori-Kindergartens für 80 Romakinder in der Siedlung Mali Leskovac vom zuständigen Ministerium nicht anerkannt, weil das Curriculum vom üblichen abweiche. Auch die Organisation Roma Children Center, ein feministisch ausgerichtetes Frauen- und Kinderzentrum in Belgrad, geleitet von der pensionierten Lehrerin Milica Spasic, und noch finanziert von internationalen Organisationen, versucht punktuell

durch die Betreuung von ca. 2500 Kindern aus drei Siedlungen in fünf Grundschulen Romakindern zu einer Perspektive zu verhelfen. Sie kümmert sich aber auch um die Mütter, vor allem um Frauen, die mit Gewalt konfrontiert sind, um Straßenkinder und um missbrauchte, sexuell ausgebeutete Kinder. Ihre Arbeit ist wie die weiterer Organisationen wie z.B. des Roma Women Center BIBIJA unersetzlich, aber doch nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Überall hörte ich: Die Schulsituation der Romakinder könne als prekär bezeichnet werden, sie sei durch ungenügende Förderung, Diskriminierung beim Zugang zur Schule und alltägliche Diskriminierung während des Schulbesuches durch MitschülerInnen und LehrerInnen bestimmt, wofür es zahlreiche Beweise gebe.

4. Die Situation der Rückkehrer aus Deutschland

Meine Erkundigungen zur Unterbringung von Rückkehrern aus Deutschland ergaben überall die gleiche Antwort: Es gibt keine staatliche Hilfe, d.h. keine Unterbringung, keine Versorgungsmöglichkeiten. Jeder muss sich selbst helfen oder ist auf familiäre Hilfe angewiesen. Die Flüchtlinge passieren nach einer Abschiebung ohne Probleme die Polizeikontrolle, aber dann passiert auch nichts mehr, was ihnen weiterhelfen könnte.

So traf ich die Familie Drmaku mit vier Kindern, die Anfang November aus Dülmen, Landkreis Coesfeld abgeschoben worden war, wo sie dreizehn Jahre gelebt hatte. Die sechs Personen teilen sich jetzt in einer Romasiedlung in der Stadt Smederevo einen Raum mit der Familie des Bruders, insgesamt sind sie zehn Personen, die der Bruder versorgen und unterbringen muss. Da mir keine Adresse und Hausnummer genannt werden konnte („Das haben wir dort nicht."), handelt es sich anscheinend um eine der armseligen, illegalen Romasiedlungen, die ich auch in Belgrad sah. Die Frau meinte, dass schon allein die Anmeldegebühren von 300 Dinar pro Person inclusive Passfotos für sie sehr viel Geld sei und fragte, wozu eine Anmeldung gut sei, wenn sie doch nichts nütze. Sozialhilfe gäbe es sowieso nicht. Das Geld, dass sie von der Caritas in Dülmen mitbekommen hätten, sei längst verbraucht. Sie konnte mir nicht sagen, wovon sie leben sollen außer von Gelegenheitsjobs, wenn der Mann oder der Sohn Glück hätten. Baumaterial für eine eigene Behausung gäbe es nur gegen Bezahlung.

Die Kommissarin für Flüchtlinge der serbischen Regierung, Frau Dr. Sanda Raskovic-Ivic bestätigte, dass es für Rückkehrer aus der Bundesrepublik Deutschland oder anderen Ländern keine Hilfen gebe. Eine Rückführung in den Kosovo sei darüber hinaus individuell bedrohlich. Die Romaflüchtlinge seien „endangered of their lifes", „they might get killed". Es gebe keine Fonds zur Unterstützung der Rückkehrer. Ihr Kommissariat sei nur zuständig für die IDP´s, nicht für Rückkehrer aus dem Ausland. Da sei auch keine andere Institution zuständig. Wenn die Rückkehrer ohne finanzielle Mittel kämen, gerieten sie in ein Desaster. Sind sie aber ausgestattet mit ausreichenden Mitteln, so gibt es Probleme mit der ansässigen armen Bevölkerung. Ohnehin nähmen rechtsradikale Tendenzen auch gegen Roma zu. Für sie sei es ein „worse scenario", wenn die Bundesrepublik nunmehr Zehntausende Flüchtlinge zurückschicke. Auf den Rückübernahmevertrag des Innenministeriums mit der deutschen Regierung angesprochen, sagte sie: „It´s easy to sign a contract, but to implement is an other thing!" Es nütze auch nichts den Rückkehrern tausend Euro in die Hand zu drücken, davon ließe sich keine Unterkunft errichten. Die serbische Regierung habe schon enorme Probleme, den Hunderttausenden IDP´s eine Perspektive zu bieten.

Auf ein weiteres Problem der Rückkehrerfamilien mit schulpflichtigen Kindern wurde ich mehrfach hingewiesen: Da die Kinder in Deutschland natürlich in der deutschen Sprache und in lateinischen Buchstaben alphabetisiert wurden, haben sie kaum eine Chance am Unterricht teilzunehmen. Sie beherrschen das Serbokroatische vielleicht noch in der mündlichen Umgangssprache, aber nicht die Schriftsprache. Ich hörte von zehnjährigen Kindern, die in die erste Klasse zurückgestuft wurden, wenn die Eltern den Zugang zur Schule erreichen konnten, d.h. sich registrieren ließen oder lassen konnten. Von den älteren Kindern der oben genannten Familie Drmaku hörte ich, dass sie die Schule schon allein deshalb nicht besuchen könnten, weil sie die serbische Sprache nicht beherrschen. Eine Rückstufung oder Sonderschule käme für sie einer Diskriminierung gleich, sie seien in Deutschland bei allen Schwierigkeiten auf normale Schulen gegangen. Somit unterbrechen die Kinder eine hoffnungsvoll begonnene Schulausbildung und stehen vor dem Nichts. Der Kreislauf beginnt von vorn: Kein Schulabschluss, keine berufliche Bildung, Arbeitslosigkeit bzw. gering bezahlte Jobs, soziale Randlage, bildungsfernes Elternhaus für die nächste Generation. Die Familie Drmaku hatte alle vier Kinder in Deutschland zur Schule geschickt und ihnen neue Zukunftschancen eröffnet. Die erzwungene Rückkehr ist ein Rückschlag.

5. Fazit

Das Rückübernahmeabkommen zwischen der Innenministerien der Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawien wird, wenn es wie geplant stringent umgesetzt wird, den Hunderttausenden Binnenflüchtlingen aus verschiedenen Teilen des ehemaligen Jugoslawien und dem Kosovo weitere Zehntausende hinzufügen ohne ein Begleitprogramm für die Unterbringung, Ernährung bzw. soziale Fürsorge und die Umsetzung des Rechtes auf Bildung. Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Bundesrepublik Jugoslawien und der Teilrepubliken Serbien und Montenegro erklären sich anscheinend als nicht zuständig für die Aufnahme und Versorgung der Flüchtlinge und überlassen sie ihrem Einzelschicksal.

Damit geraten viele Rückkehrer, die vorwiegend Roma sind, in eine prekäre Notsituation.

Es werden darüber hinaus grundlegende Rechte aus dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, insbesondere aus dem Teil III, Artikel 9 bis 13 verletzt: Das Recht auf soziale Sicherheit, das Recht zum Schutz und Beistand der Kinder und Jugendlichen ohne Diskriminierung aufgrund der Abstammung, das Recht auf ausreichende Ernährung, Bekleidung und Unterbringung, auf Schutz vor Hunger, das Recht auf körperliche und geistige Gesundheit, das Recht auf Bildung.

Die Kenntnis der realen Situation, in die Romaflüchtlinge aus Serbien und dem Kosovo (die Situation in anderen Gebieten habe ich nicht evaluieren können) durch eine erzwungene Rückkehr in der Regel geraten, stellt eine Politik des offensichtlichen Drucks zur Rückkehr und der erzwungenen, also nicht freiwilligen Rückkehr (Abschiebung) in Frage. Die Alternative dazu ist die Akzeptanz einer Integrationspolitik von Flüchtlingen, die aufgrund ihrer besonderen Stigmatisierung und Benachteiligung im Herkunftsland und ihrer Rolle in den Bürgerkriegen der neunziger Jahre (zwischen allen Stühlen) neue (Über)lebenschancen auch in der Bundesrepublik Deutschland gesucht haben und zudem seit bis zu 12 Jahren hier leben. Eine Stichtagsregelung für Roma, insbesondere Familien mit Kindern, die bis zum 1. Juli 1999 in der Bundesrepublik Deutschland Zuflucht gesucht haben, wäre eine geeignete politische und humanitäre Lösung für das in diesem Bericht aufgezeigte Dilemma, für das auch die Bundesrepublik Deutschland -aus historischen und aktuellen Gründen- Verantwortung trägt.

Berlin, im Dezember 2002
Karin Hopfmann ■

Karin Hopfmann ist Flüchtlingspolitische Sprecherin PDS- Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstr. 5, 10 111 Berlin
Tel.: 030 / 23 25 25 24, Fax: 030 / 23 25 25 25, e-mail: pds-fraktion.kontakt@pds.parlament-berlin.de
http://www.parlament-berlin.de/pds-fraktion

„Vertriebenen"-Politik ohne „Vertriebene"

von Jörg Kronauer

Gäbe es ein Copyright auf politische Projekte, dann stünde dem Deutschen Polen-Institut eine Klage wegen Verletzung des Urheberrechts ins Haus.

Anfang Dezember führte das Darmstädter Institut – eine Mittlerorganisation der deutschen Außenpolitik – ein wissenschaftliches Kolloquium durch, das der genaueren Konzeption eines Lieblingsvorhabens der deutschen „Vertriebenen" diente: Des „Europäischen Zentrums gegen Vertreibungen". Das Kolloquium fand unter Beteiligung internationaler Prominenz statt – und ohne die deutschen „Vertriebenen".

Das „Zentrum gegen Vertreibung" ohne direkte Beteiligung des BdV und der einzelnen Landsmannschaften zu planen, ist ein geschickter Schachzug der deutschen Außenpolitik. Das Projekt soll, so hat es der Bundestag Anfang Juli festgelegt, die Ächtung von „Vertreibungen" auf europäischer Ebene durchsetzen; damit würden alle Umsiedlungen, die in Europa im 20. Jahrhundert stattgefunden haben, pauschal zum „Unrecht" erklärt. Dies ermöglicht es, einer großen Anzahl von Menschen in ganz Europa (deutsche Schätzungen gehen von 80 Millionen „Vertreibungsopfern" aus) Hoffnungen auf Entschädigungen in der einen oder anderen Form zu machen und sie vor einen Karren zu spannen, der vor allem ein Ziel hat: Der Umsiedlung der Deutschen aus Osteuropa ihre rechtliche Grundlage abzuerkennen und deutsche Ansprüche gegenüber fremden Staaten aufzufrischen.

Bisher stieß das „Zentrum gegen Vertreibungen" vor allem in der Tschechischen Republik und in Polen auf Widerstand; die deutschen „Vertriebenen", die es bisher maßgeblich gefördert haben, sind dort trotz fortgesetzter Bemühungen der deutschen auswärtigen Kulturpolitik um eine Neubewertung der Umsiedlung recht unbeliebt und wecken Ängste vor deutschem Revanchismus.

Die Organisatoren des Darmstädter Kolloquiums haben daraus die Konsequenzen gezogen: Sie ließen BdV und Landsmannschaften außen vor. Der Erfolg gab ihnen recht: Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus elf Staaten (darunter Polen, die Tschechische Republik, Jugoslawien, Israel und die Türkei) nahmen an der Tagung teil; es bestand „breiter Konsens", dass ein „Zentrum gegen Vertreibungen" mit „gesamteuropäischer" Ausrichtung errichtet werden solle.

Welche Bedeutung das „Zentrum gegen Vertreibungen" in der deutschen Außenpolitik inzwischen innehat, lässt ein Blick auf die drei Organisatoren des Kolloquiums erahnen, die allesamt eine wichtige Rolle im Umfeld des Auswärtigen Amtes und seiner Vorfeldorganisationen spielen. Stefan Troebst, zur Zeit Professor in Leipzig, ist durch zahlreiche außenpolitische Expertisen für die deutsche Regierung bekannt geworden; er war Gründungsdirektor des „Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen" in Flensburg, das subversiver Tätigkeiten auf dem Balkan beschuldigt worden ist. Wlodzimierz Borodziej, Historiker an der Universität Warszawa, hat in Polen maßgeblich zu einer Debatte beigetragen, die zur Neubewertung der Umsiedlung der Deutschen führen sollte; er hat erst kürzlich das Verdienstkreuz I. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland erhalten. Dieter Bingen schließlich, fast 20 Jahre lang beim „Bundesinstitut für internationale und ostwissenschaftliche Fragen" tätig, verfügt über beste Kontakte in außenpolitisch bedeutsame Kreise in Polen und ist Direktor des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt.

Das Deutsche Polen-Institut wiederum, in dem das von der Robert-Bosch-Stiftung finanziell geförderte Kolloquium über Konzepte für das „Europäische Zentrum gegen Vertreibungen" stattfand, steht in gemeinsamer Trägerschaft der Stadt Darmstadt, der Bundesländer und des Bundes. In seinem Kuratorium stellt ein Vertreter des Auswärtigen Amtes die direkte Verbindung nach Berlin her, neben ihm ist mit Karl Kaiser eine der einflussreichsten Persönlichkeiten der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik" involviert. Dem Gremium, das insbesondere die programmatischen Grundlinien festlegt, gehören neben Vertretern großer Bankgesellschaften verschiedene Bundestagsabgeordnete an.

Das „Zentrum gegen Vertreibungen" ist vom „Vertriebenen"-Vorhaben zum offiziellen Projekt der Berliner Außenpolitik geworden. Der Bundestagsbeschluss im vergangenen Sommer war der Startschuss, jetzt wird konzipiert. Die Einrichtung dürfte – da sie Umsiedlungen europaweit thematisiert – europaweit Unruhe stiften und deutsche Neuordnungsvorstellungen begünstigen. In der Westukraine etwa gibt es schon heute Ärger mit Umtrieben polnischer Nationalisten, die sich auf die Umsiedlung der polnischen Bevölkerung im Jahr 1945 berufen können; Ungarn könnte Ansprüche stellen, die letztlich auf Gebietsverluste von 1919 zurückgehen.

Auch wenn die deutschen „Vertriebenen" zur Zeit nicht alles mitmachen dürfen: Profitieren werden sie vom Ergebnis allemal.

Jörg Kronauer ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.

Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Legenden über die deutsche Kriegsführung

Junge Freiheit Nr. 4/03 vom 17. Jan. 2003

Das Blatt strickt an einer neuen Legende über die Machenschaften der Wehrmacht im zweiten Weltkrieg. Diesmal geht es um den Bombenkrieg. Ausgangspunkt ist ein Buch von Jörg Friedrich „Der Brand“ und *Hans Joachim Lesen* kommt zu dem Schluss, dass die alliierten Bombenangriffe völkerrechtswidrig waren, wohingegen der Luftkrieg der Wehrmacht „anständig“ gewesen sei: „Nicht jede Art des Luftkrieges ist völkerrechtswidrig. Richtet er sich gegen Befestigungen, feindliche Stellungen, Flughäfen, Rüstungswerke, Hafenanlagen, Verkehrslinien, ist er legitim, auch wenn dabei unbeabsichtigt Zivilisten und zivile Einrichtungen zu Schaden kommen. Richtet sich der Luftkrieg jedoch gezielt gegen Zivilisten, ist er ein Verbrechen. Die Bombardierung und Zerstörung Warschaus durch die Luftwaffe der Wehrmacht begründet der Autor damit, dass die polnische Regierung die Kapitulation fünfmal abgelehnt habe. Deshalb sei es dann „legitim“ gewesen, die Stadt zu bombardieren. Die Zivilisten seien zudem aufgefordert worden, die Stadt zu verlassen. Die Bombardements der Alliierten hingegen seien völkerrechtswidrig gewesen, weil sie vor allem die Zivilbevölkerung treffen sollten. Das ist eine gespenstische und brutale Argumentation, mit der das Blatt die Verbrechen der Wehrmacht und der Verantwortlichen in Regierung und Heeresleitung einfach unter den Teppich kehrt.

Karsli ruft zur Gründung auf

Junge Freiheit Nr. 5/03 vom 24. Jan. 2003

Karsli treibt die Gründung seiner Partei voran. Er schreibt: Die „momentane politische Situation in Deutschland zwingt mich zum Handeln. Das Blatt berichtet: „Allerdings scheint Karsli, der wegen seiner Israel-Kritik scharf angegriffen wurde, vorsichtiger geworden zu sein. Denn seine Partei erteile , Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit‘ eine Absage.“

uld ■

Schönhuber: Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Antiamerikaner

Nation & Europa 1-2003

In der Literatur, die sich kritisch mit dem bundesdeutschen Neofaschismus auseinandersetzt, wird „Nation & Europa“ meist als „Theorieorgan“ bezeichnet. Nun ist die genannte Zeitschrift zwar weit von den knallig-platten Propagandaergüssen der Freyschen „Nationalzeitung“ entfernt, dennoch erstaunt den unvoreingenommenen Leser, wie wenig es braucht, um als theoretische Zeitschrift zu gelten. Und so ist das Monatsblatt auch weniger wegen der (kaum vorhandenen) neuen Denkansätze interessant, sondern wegen der relativ ungeschminkten Sprache. „Wird Europa türkisch?“ fragt die Redaktion auf dem Titelblatt des Januarheftes und meint damit laut Editorial vordergründig die für irgendwann ins Auge gefasste Aufnahme der Türkei in die EU. In Wirklichkeit geht es um mehr: „Es gibt den klassischen Satz: Europa endet dort, wo es verteidigt wird. In zweieinhalb Jahrtausenden abendländischer Geschichte wechselten die Schauplätze dieser Verteidigung, Europa aber blieb. Es wurde an den Thermopylen, bei Lepanto, an der Beresina, am Kaukasus, in den Ruinen von Berlin verteidigt“ schreibt *Karl Richter*. Bei den Thermopylen kämpften Griechen gegen Perser, in der Seeschlacht von Le-panto Österreich gegen das Osmanische Reich. Soweit bleibt Richter bei seinem Thema. An der Beresina schlugen sich russische Truppen gegen das napoleonische, internationale Interventionsheer. Am Kaukasus verteidigte die Rote Armee ihr Land gegen die Nazitruppen, in den Ruinen von Berlin ging es um die Befreiung der Welt von den Resten des fast geschlagenen Nazireichs. Soll darin Europa verkörpert sein? Dann wissen wir, welches Europa gemeint ist: Das Europa von 1942, das weitgehend unter den Stiefeln der deutschen Nazitruppen blutete und sich unter größten Opfern seine Freiheit zurückerobern musste. Ansonsten liefert Richter seinen Leser(inne)n das, was sie erwarten: Klassischen Rassismus: „Attika, Griechenland, eine der Pflanzstätten abendländischer Kultur, wurde einst von hellhäutigen Bewohnern bevölkert, deren Pantheon die übliche indogermanische Prägung besaß. Sie hinterließen der Nachwelt ihre Epen, ihre Tempel, ihre Philosophie. Wer heute durch die Straßen Athens – oder Istanbuls, des vormaligen Konstantinopel – streift, stößt allenfalls noch auf ihre Baudenkmäler“. Wer „indogermanische“ durch das „arische“ ersetzt, weiß was gemeint ist. Wenige Zeilen später wird das Ganze noch ein wenig mit Pseudowissenschaft angereichert: „Denn für Europa und seine Identität gilt, was für Deutschland – und jedes andere Volk der Welt – gilt: es lebt und lebt fort, wo es sich und sein So-sein-Wollen gegen den Zugriff einer fremden, als anders erlebten volklich-kulturellen Wesenheit zur Wehr setzt. Andersein ist ein Naturrecht“. Und solcher Unsinn wird Theorie genannt!

Ein Propagandaerfolg gelang dem N&E-Mitarbeiter *Eric Weber* durch ein Interview mit dem früheren tschechischen Ministerpräsidenten und jetzigem Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten der Tschechischen Republik, Václav Klaus. Zwar lässt der sich inhaltlich nicht vor den Karren des Interviewers spannen und argumentiert gegen dessen Revanchismen, aber allein die Tatsache, dass ein tschechischer Spitzenpolitiker einem Organ der deutschen Neonazis ein Interview gewährt, darf als Skandal gewertet werden. Bleibt die Frage ob Klaus getäuscht wurde, keine Ahnung hat oder bewusst Rede und Antwort stand.

Unser monatlicher SCHÖNHUBER ruft nach der Volksgemeinschaft gegen die USA: „Das, was hier derzeit abläuft, ist bloßer Krampf, ist ein Ausweichen auf Nebenkriegsschauplätze, um den Hauptkampf zu vermeiden: den Widerstand gegen die amerikanisch-israelische Weltherrschaft. Viele sind dagegen, aber nur ‚innerlich‘ . Nach außen wird geschwiegen, vor allem in der veröffentlichten Meinung. ... Aber es muss in Deutschland zu einer parteiübergreifenden Bewegung kommen, die weder links noch rechts ist und, ‚ceterum censeo‘, immer wieder fordert: ‚Ami, go home!‘“.

Die sich verbreiternde Friedensbewegung sollte darauf achten, welche Bundesgenossen sie unterstützen wollen.

tri ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro

O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro

O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro

O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro

O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 60,- DM).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507